

Protokoll

7. Sitzung vom 10. Dezember 2018

rsa

Seite 148

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 10. Dezember 2018, 18.00 Uhr – 21.00 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	35 Mitglieder des Gemeinderats (Roy Schärer ab 18.25 Uhr) und der Stadtrat (Philipp Kutter und Astrid Furrer ab 18.15 Uhr), Esther Ramirez, Ratssekretärin, Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv., sowie Peter Krapf, Ratsweibel
Entschuldigte	-

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Budget 2019 und Festsetzung des Steuerfusses

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 30. November 2018 in der ZSZ amtlich publiziert.

Es gibt keine Einwände gegen die Traktandenliste

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsidentin Beatrice Gmür begrüsst herzlich zur diesjährigen Budgetdebatte. Sie dankt Stadtweibel Peter Krapf für den wunderschönen Weihnachtsbaum. Dieser Baum werde sie daran erinnern, um ca. 20.00 Uhr eine Pause zu machen, damit die Kerzen gelöscht werden könnten. Auf den Pulten liege die Einladung zum Neujahrsempfang der zusammengeschlossenen Gemeinden vom 2. Januar 2019. Sie freue sich, wenn einige teilnähmen.

Die Ratssekretärin Esther Ramirez begleite den Gemeinderat seit fast 5 Jahren und mache das heute Abend zum letzten Mal in dieser Funktion. Sie habe einen super Job gemacht. Sie sei immer professionell gewesen und man hätte immer schnell eine Antwort auf offene Fragen erhalten. Auch die Zusammenarbeit sei sehr angenehm gewesen. Im Namen des Büro Gemeinderat überreiche sie ihr einen Blumenstraus. Esther Ramirez werde nach wie vor an den Gemeinderatssitzungen teilnehmen, aber den Platz wechseln. Dieser Platz sei

im Moment noch durch jemanden besetzt, der auf einen ruhigeren Platz wechseln werde. Stadtschreiber Heinz Kundert trete nach 25 Dienstjahren bei der Stadt Wädenswil in den wohlverdienten Ruhestand. Er wolle ganz bescheiden und ohne grosses Aufsehen verabschiedet werden. Ein Applaus habe er aber trotzdem verdient.

1.1 Eingänge

- Schriftliche Anfrage der SP-Fraktion, vom 16. November 2018, betreffend bezahlbarer Wohnraum in Wädenswil
- Bericht und Antrag zum Budget 2019

10.07

2. Budget 2019 und Festsetzung des Steuerfusses

Gemeinderatspräsidentin Beatrice Gmür schlägt für die nachfolgenden Beratungen und Beschlussfassungen vor, gemäss der Reihenfolge auf Seite 7 des Budgets vorzugehen.

Demzufolge werde erstens über das vorliegende Budget 2019 inklusive Leistungsaufträgen mit Globalkrediten der FLAG-Abteilungen beraten.

Zweitens werde der Steuerfuss 2019 verhandelt und festgelegt.

Die endgültige Festlegung des Budgets sei abhängig vom Beschluss über den Steuerfuss.

Abschliessend werde über das Gesamtpaket - Budget (evtl. mit Änderungen, diese werden dann nochmals festgehalten) und Steuerfuss eine Schlussabstimmung durchgeführt.

Auf Anfrage der **Gemeinderatspräsidentin Beatrice Gmür** gibt es keine Einwände gegen dieses Vorgehen.

Erstens Budget und Leistungsaufträge

Gemeinderatspräsidentin Beatrice Gmür erklärt, dass der Gemeinderat verpflichtet sei, das Budget zu behandeln, weshalb auf eine Eintretensdebatte verzichtet werde (Art. 25 Geschäftsreglement). In der Detailberatung werde Abteilung für Abteilung durchgegangen. Die Änderungsanträge der GRPK und der Fraktionen würden bei den jeweiligen Abteilungen behandelt und es werde sofort darüber abgestimmt, erst am Schluss werde über das Budget 2019 als Ganzes abgestimmt.

Zur Detailberatung zum Budget (abteilungsweises Vorgehen)

Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP, führt aus, dass sie zuerst einen kurzen Ausblick auf die Schweizer Wirtschaft mache, und zwar mit der Prognose des SECO,

das für das kommende Jahr wiederum ein unverändert solides Wachstum von 2% voraus-
sage. Dies allerdings mit einem Aber und zwar mit dem Hinweis auf die Negativ-Risiken, die
da seien und die internationale Konjunktur bedrohen würden. Trotzdem hätten laut einer
Umfrage Schweizer Unternehmen vor, mehr Personal einzustellen. Somit sollte also die Ar-
beitslosigkeit weiter zurückgehen. Der Konsum der privaten Haushalte werde vorderhand
aber nur begrenzt davon profitieren, da sich die individuellen Einkommen aufgrund einer
schwachen Nominallohnsteigerung bei einer gleichzeitig anziehenden Teuerung verhalten
entwickeln würden. Diese Teuerung steige aufgrund höherer Import- und Energiepreise.

Zum Ausblick in Wädenswil

Sie von der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission hätten das Budget 2019 am
4. Oktober 2018 von Stadtrat Walter Münch und Stefan Müller, Leiter Finanzen, präsentiert
bekommen. Ein Dank gehe an die beiden Herren für die sorgfältig vorbereitete Präsentation
und auch für das ergänzende Update vom 15. November 2018. Dieses Update sei sehr hilf-
reich gewesen und zwar aufgrund der grossen Verwirrung, die in Zusammenhang mit der
Abgrenzungsthematik des Finanzausgleichs geherrscht und auch in den Medien für grosses
Echo gesorgt habe. Es sei ihnen versichert worden, dass beim Wädenswiler Budget alles
korrekt gebucht worden sei.

Die Abteilungen seien in der ersten Novemberwoche durch die Mitglieder der Geschäfts-
und Rechnungsprüfungskommission besucht worden. Auch da gehe ein Dank an alle Betei-
ligten der verschiedenen Verwaltungsabteilungen für die Beantwortung der Fragen und auch
ein grosses Merci für die geleistete Mehrarbeit, speziell aufgrund der anstehenden Eingemei-
ndung.

Das Budget beinhalte jetzt also das erste Mal die Ortsteile Schönenberg und Hütten und es
basiere auf dem neuen Rechnungsmodell HRM2, das ab dem 1. Januar 2019 in Kraft trete.
Der Aufwand betrage CHF 197.2 Mio. und der Ertrag werde mit CHF 204.1 Mio. prognosti-
ziert. Auf den ersten Blick falle das Plus von CHF 6.9 Mio. auf, das aufgrund der CHF 7.6
Mio. Kantonsbeitrag zur Eingemeindung zustande komme. Die Schulden würden sich auf
rund CHF 130.0 Mio. belaufen, was als sehr hoch bezeichnet werden müsse.

Zu weiteren Kennzahlen

Der mittlere Selbstfinanzierungsgrad betrage, gewichtet über die Jahre 2015 bis 2019,
durchschnittlich 31.2% und für 2019 solle er bei 49.3% sein. Das Eigenkapital betrage per
31. Dezember 2019 CHF 56.4 Mio. Die Nettoschuld pro Einwohner belaufe sich per Ende
Jahr auf CHF 1'178.-.

Der Stadtrat wolle den Steuerfuss bei 85% belassen, sei doch ein konstanter Steuerfuss ei-
ner der wichtigsten Faktoren bei der Standortwahl, gerade bei Unternehmungen. Besonders
im Hinblick auf die Ansiedlung von Gewerbe in der Werkstadt Zürisee und weiteren geplan-
ten Standorten sei das eminent wichtig. Die Tatsache bleibe, dass Wädenswil weit weg von
einer Steueroase sei. Auch der Umstand eines separaten Steuerfuses der OSW Schulge-
meinde trage nicht zu einem einfachen Verständnis dieses Systems für den Normalbürger
bei und könne auch nicht als Standortvorteil für interessierte Unternehmen bezeichnet wer-
den.

Die Einwohnerzahl wachse aufgrund der Eingemeindung von 21'800 auf 24'770, also ein Plus von 2'970 Personen. Trotz Eingemeindung werde der Gesamtaufwand bzw. -ertrag pro Kopf praktisch gleich bleiben.

Der eine grosse Kostentreiber würden die Sozialkosten bleiben, aufgrund der demographischen Entwicklung, mit den zunehmend älteren Personen. Der zweite grosse Kostenblock sei auch weiterhin bei der Schule auszumachen. Auch 2019 werde wieder ein grosses Teil des Steuersubstrats dorthin fließen.

Die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen würden knapp CHF 30.0 Mio. betragen, also ein Plus von hohen 46.5% gegenüber dem letztjährigen Budget. Dies vor allem aufgrund der Kindergarten- und Schulhausprojekte sowie des Um- und Neubaus des Werkhofs im Winterberg. Dass Grossinvestitionen im aktuell immer noch relativ tiefen Zinsumfeld getätigt würden, mache aber durchaus Sinn.

Weiter gebe es eine neue grosse Position bei Planen und Bauen und zwar beim öffentlichen Verkehr. 2017 habe nämlich die Zürcher Stimmbevölkerung beschlossen, dass bei den Steuern weniger Berufsauslagen für den Arbeitsweg abgezogen werden könnten. Diese Begrenzung des Pendlerabzugs von CHF 5'000.- führe zu budgetierten Steuereinnahmen von CHF 500'000.-. Im Gegenzug müsse die Stadt pro Einwohner, vom Baby bis zum Greis, CHF 48.73 in den Bahninfrastruktur-Fonds einbezahlen, total also rund CHF 700'000.-.

Sie hätten nun also für 2019 erstmals ein Budget mit einer ganz neuen Ausgangslage plus veränderten Grundlagen, die eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahren mehr oder weniger verunmögliche. Die Abteilung Finanzen habe einen Zusatzeffort geleistet und ihnen die Daten des letztjährigen Budgets nach HRM2 Grundlagen aufbereitet. Auch dafür gebe es einen Dank seitens der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission.

Auch wenn jetzt viel Neues und sogar Unvorhersehbares auf sie zu kämen und die Zeit vielleicht günstig scheine, um neue Begehrlichkeiten zu entwickeln, seien grade speziell jetzt alle Beteiligten aufgefordert sämtliche Leistungen zu überprüfen. Ein sparsamer Umgang mit den Steuergeldern müsse auch im nächsten Jahr absolute Priorität haben. Gespart habe bereits der Stadtrat, und zwar habe er auch dieses Mal konsequent auf ein übergeordnetes Leitbild mit einem entsprechenden, griffigen Inhalt verzichtet. Leider müsse gesagt werden, wenn bedenkt werde, dass ein solches Leitbild zum jetzigen Zeitpunkt eine gute Gelegenheit gewesen wäre, den anvisierten Weg aufzuzeigen und auch die neuen Bürger und Bürgerinnen mit ihren Erwartungen abzuholen und in die neue Grossgemeinde einzubinden. Ein Leitbild sei ein wichtiges Instrument, damit ein gemeinsamer Nenner und daraus ein Zusammengehörigkeitsgefühl überhaupt entstehen könne. Das strebe der Stadtrat ja bekanntlich an.

Sie mache es kurz und komme zum Schlussantrag. Die Mitglieder der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission würden beantragen, den Voranschlag der politischen Gemeinde für das Jahr 2019 inkl. Leistungsaufträge mit Globalkredit der entsprechenden Abteilungen, unter Berücksichtigung der Abstimmungen zu den Anträgen der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission und zum Steuereffuss, zu genehmigen.

Zustimmung dürfe sie auch im Namen der SVP verkünden.

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, teilt mit, dass er der Verwaltung ganz herzlich danke. Mit einem komplett neuen Rechnungslegungsmodell, dem Zusammenschluss mit zwei Gemeinden und einer Last-Minute-Aktion, wie der Finanzausgleich zu verbuchen sei, hätten alle Abteilungen und insbesondere die Abteilung Finanzen in diesem Jahr genug zu tun gehabt. Sie seien froh gewesen, dass sie sämtliche Unterlagen rechtzeitig erhalten hätten.

Er komme nun zum Budget selber. Er sei schon einigermaßen lange, nämlich seit 2012 im Gemeinderat. Er habe die Steuersenkungen in den Nullerjahren, als die Steuern um rund 20% gesenkt worden seien, verpasst. Die rasch ansteigende Verschuldung, die es danach gegeben habe, habe er aber erlebt. Es habe massive Defizite gegeben und das trotz schmerzhafter Kürzungsanträge, die insbesondere die Schule betroffen hätten. Entsprechend habe er sich über das vorliegende Budget gefreut. In der Medienmitteilung habe der Stadtrat geschrieben, dass sich die finanzielle Lage weiter stabilisiert habe und es ein vertretbares Defizit von CHF 0.7 Mio. exkl. der Sonderzahlung des Kantons gebe. Als Nebensatz sei erwähnt worden, dass die Abschreibungen um satte CHF 4.2 Mio. tiefer lägen als sie das mit dem alten Rechnungsmodell wären. Dies sei kein Nebensatz, sondern zentral. Ohne die Fusion und ohne die Einführung von HRM2 würde die Stadt mit dem genau gleichen Budget ein Defizit von CHF 5.0 Mio. schreiben. Das bezeichne der Stadtrat als vertretbar. Er frage sich, wie hoch das Defizit werden müsste, bis es nicht mehr vertretbar sei.

Es stelle sich die Frage, warum HRM2 so viel ausmache. Bis jetzt sei degressiv abgeschrieben worden, das heisse, anfangs sei sehr viel und sehr schnell abgeschrieben worden und später immer weniger. Das sei ein exponentieller Zerfall für diejenigen, die sich noch an den Mathematikunterricht zu erinnern vermögen. Neu werde linear abgeschrieben. Also jedes Jahr einen fixen Prozentwert der ursprünglichen Investition. Die Abschreibungen seien besser über die Jahre verteilt. Am Anfang werde nicht ganz viel abgeschrieben und dafür gegen Ende immer mehr. Also mehr im Vergleich zur alten Abschreibungsmethode. Das bedeute, dass neue Objekte viel tiefer abgeschrieben würden, weil sie früher sehr hoch abgeschrieben worden seien. Bei alten Objekten, die noch weit in der Lebensdauer drin seien, werde mehr abgeschrieben als nach dem alten Abschreibungsmodell. Dies stimme nicht, da diese bereits fast abgeschrieben seien. Sie hätten tiefe Abschreibungen bei neueren Objekten und tiefe Abschreibungen bei den alten Objekten. Das töne zwar wunderbar, aber man müsse wissen, dass dieser Effekt nicht nachhaltig sei. Mittelfristig seien die Abschreibungen gleich gross wie die Investitionen. Jede Investition müsse abgeschrieben werden. Somit kämen sie wieder so gegen CHF 20.0 Mio. Abschreibungen pro Jahr. Das sei der Betrag, der der Stadtrat wieder gedenke zu investieren.

Was ihn wirklich gestört habe sei die Kommunikation des Stadtrats. Diese sei etwas feige. Bei der letzten Rechnung hätten sie gross herumgerechnet, was der Rotweg Effekt der ein wenig das Gegenteil sei, für das was jetzt passiere, dass dieser für die schlechte Rechnung verantwortlich gewesen sei und jetzt mit einem sehr ähnlichen Effekt, wenn er positiv sei, werde er nur so am Rande erwähnt. Aber dass sie ohne diesen Effekt ein massives Defizit hätten, werde nicht erwähnt. Es werde ein rosiges Bild der Finanzlage gezeigt. Vor allem aber sei eine solche Betrachtungsweise nicht hilfreich. Statt einer langfristigen Planung sage

der Stadtrat, dass im Moment alles okay sei. Überlegungen dazu, wie die Sondereffekte und tiefen Abschreibungen, die sie nun ein paar Jahre hätten, genutzt werden könnten und was in 5 bis 10 Jahre passiere, wenn die Abschreibungen wieder höher seien, würden fehlen. Hätten sie dann jedes Jahr ein Defizit von CHF 5.0 Mio. Überlegungen dazu gebe es nicht.

Trotzdem werde die SP das Budget nicht ablehnen.

Mitglied der GRPK, Martin Schlatter, EVP, erlaubt sich an dieser Stelle ein paar allgemeine Gedanken zum Budget 2019. Durch die wegen der Einsprache entstandene Verzögerung von einem Jahr, sei leider nicht die gesamte Bevölkerung im Rat vertreten. Schönenberg und Hütten würden fehlen. Das sei schade, da es heute um das Budget für die drei Gemeinden gehe. Darum sei es schade, dass nicht alle Gemeinden vertreten seien, auch das nächste Jahr nicht. Mit der Modellrechnung gemäss Weisung 2016 hätten sie die erhofften Ziele erreicht, nämlich eine ausgeglichene Rechnung und den Verzicht auf eine Steuerfusserhöhung, auch wenn zwischen 2015 und 2019 einige Änderungen existieren würden. Der Leiter der Abteilung Finanzen habe der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission glaubhaft die Budgetsituation der einzelnen drei Gemeinden im Vergleich zur zusammengeschlossenen Stadt Wädenswil aufgezeigt. Er habe nachvollziehbar begründen können, dass ein direkter Vergleich des Budgets 2019 mit der Modellrechnung 2016 einfach unrealistisch sei. Der Abteilung Finanzen und der ganzen Stadtverwaltung müsse ein grosses Lob ausgesprochen werden, dass sie das Budget 2019 neben dem Gemeindezusammenschluss und mit der grossen Herausforderung des Wechsels auf das neue Rechnungsmodell HRM2 meistern konnte. Sogar die von einer experimentierfreudigen Mehrheit des Kantonsrats festgelegten Bestimmungen zur Berücksichtigung des Finanzausgleichs im Erfolg, habe die Finanzabteilung voll im Griff gehabt. Wie sie bereits gehört hätten, sei es nicht nötig gewesen, das Budget anzupassen. Erfreulich sei, dass inzwischen der Kantonsrat zu seinem Fehlentscheid stehe und gewillt sei, diese praxisuntauglichen Bestimmungen wieder abzuschaffen.

Aus Sicht der EVP-Fraktion seien die über 200 gestellten Fragen zum Budget von den Abteilungen gewissenhaft beantwortet worden und hätten sehr zum Verständnis beigetragen, wie die Stadtverwaltung funktioniere. Die EVP-Fraktion begrüsse das vom Stadtrat vorgeschlagene Budget 2019 als ein seriöses Budget mit einer breiten Akzeptanz. Das Budget sollte nun nicht zerzaust werden, sondern es sollte mit dem neuen Budget gelebt werden. Die Entwicklung des Gemeindezusammenschlusses solle beobachtet und es sollen Erfahrungen gesammelt werden. Es gehe dabei um das Wohlergehen aller in der neuen Stadt Wädenswil lebenden Menschen.

Für die finanzielle Zukunft der Stadt Wädenswil mache sich die EVP-Fraktion schon etwas Sorgen. Einerseits sei es die wachsende Verschuldung, die bereits Christian Gross erwähnt habe, wenn weiterhin ein konstanter Steuerfuss angestrebt werde. Andererseits verteuere der Gesellschaftswandel die Verwaltungsausgaben. So zum Beispiel die Sozialaufgaben, die sich bei der Zunahme der Schwere der Sozialfälle verteuern würden und erst recht, wenn die Sozialfälle noch weiter zunähmen. Zudem hätten sie auch Vorgaben übergeordneter politischer Ebenen mit finanziellen Konsequenzen, denen sie sich nicht entziehen könnten. Er denke dabei beispielsweise an das Eintrittsalter im Kindergarten, das gesenkt werde. Es gebe mehr Ausgaben für Assistenz im Kindergarten, wenn diese als unausweichlich angesehen werde. Auch die Umsetzung des sonderpädagogischen Konzepts im Rahmen des

neuen Volksschulgesetzes generiere nach über 10 Jahren in der Praxis immer wieder neue Ausgaben, da bei der Umsetzung zu wenige Ressourcen gesprochen worden seien. In diesem Sinne sei es für diese Situation aus Sicht der EVP- Fraktion wichtig, rechtzeitig vorbeugende Massnahmen zu ermöglichen, statt zu riskieren, langfristig gesehen viel höhere Ausgaben zu haben. Damit könnte nachhaltig Geld gespart werden.

Mitglied der GRPK, Lukas Wiederkehr, CVP, informiert, dass er nicht mehr allzu viel dazu sagen wolle. Aus dem Budget 2019 sowie aus weiteren Detailunterlagen der Abteilung Finanzen könne mit bestem Wissen und Gewissen nachgewiesen werden, dass es nach einem kostenneutralen Gemeindegemeinschaftsausgang aussehe. Das sei auch so geplant gewesen. Spannend sei, wie es dann mit den effektiven Zahlen in naher Zukunft aussehen werde. Allgemein sei es sehr schwierig, das Budget 2019 mit den vergangenen Jahren zu vergleichen. Zum einen habe sich die Rechnungslegung geändert, was sich vor allem auf die Gliederung und Abschreibungsmethode auswirke und zum anderen sei da der Gemeindegemeinschaftsausgang, der auch viel Unbekanntes bringe.

Aus Sicht der CVP-Fraktion sei es wichtig, dass neben dem finanziellen Aspekt des Gemeindegemeinschaftsausgangs sich die Bevölkerung von Schönenberg und Hütten von Wädenswil willkommen geheissen fühle.

Mitglieder der GRPK, Angelo Minutella, GLP, sagt, ob die Gemeindefusion wirklich kostenneutral sei, wie der Stadtrat im 2015 versprochen habe, werde sich erst in zwei bis drei Jahren zeigen, wenn sie eine Vergleichsbasis hätten. Auf jeden Fall sei es ausserordentlich schwierig, dieses Versprechen wegen der Fusion und der gleichzeitigen HRM2-Einführung zu überprüfen. Kontensplits und -zusammenführungen, neue Abschreibungsregeln und extrem wachsende Gesundheitskosten hätten nicht zu einer besseren Budgettransparenz geführt, sondern eher zu einer unvermeidlichen finanzadministrativen Turnübung.

Zur Erinnerung: Die Stadt Wädenswil befinde sich im Wettbewerb mit anderen Seegemeinden am linken Zürichseeufer bezüglich Wohnqualität, Kosten und Steuern. Dabei habe Wädenswil einen gewichtigen Nachteil. Im Gegensatz zu anderen Gemeinden habe Wädenswil anteilmässig einen kaum relevanten Steuerertrag von juristischen Personen, das heisse Unternehmungen. Mit der GVZ und weiteren öffentlichen Institutionen, die sich grosse Teile des Baulands Werkstadt Zürichsee gesichert hätten, werde dieser Ertragsanteil nicht wesentlich verbessert. Auch mit der Umzonung der hervorragend gelegenen und zusammenhängenden Industrie- und Gewerbezone AuPark verliere die Stadt ein weiteres wichtiges Stück Land für potente institutionelle Steuerzahler. Die Ansiedlung und der Erhalt von Unternehmen mit guter Ertragslage würden dort definitiv verhindert.

Wädenswil müsse deutlich haushälterischer mit den Einnahmen umgehen als beispielsweise Horgen. Die Erträge könnten im Wesentlichen parallel mit dem Bevölkerungswachstum gesteigert werden, aber die Sporbemühungen würden durch überdurchschnittliche Ausgabensteigerungen bei Schule und Soziales sehr häufig zunichte gemacht. Schule und Soziales würden nicht nur die grössten Budgetposten ausmachen, sondern unterlägen auch jährlich massiven Budgetsteigerungen. Sie müssten sich fragen, wie lange sie sich dies noch leisten könnten. Die Effizienz dieser beiden Abteilungen zu hinterfragen dürfe kein Tabuthema sein.

Gleichzeitig finde auch die Umstellung auf das neue Rechnungslegungsmodell HRM2 statt. Auch dies sei ein ausserordentliches Ereignis. Aufgrund dieser Veränderungen sei das Budget 2019 eine grosse Herausforderung gewesen. Nicht nur für die gesamte Verwaltung, die Abteilung Finanzen und den Stadtrat, sondern auch für die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission. Es sei wie immer eine sehr konstruktive und enge Zusammenarbeit gewesen. Deshalb wolle er die Gelegenheit wahrnehmen, allen Beteiligten ganz herzlich zu danken. Sie hätten mit viel Aufwand und persönlichem Engagement mitgeholfen, dass ein konsolidiertes Budget nach den neuen Rechnungsstandards vorgelegt werden konnte.

Es sei das Ziel des Stadtrats gewesen, die Vorgaben des Gemeindezusammenschlusses zu erreichen. Also eine ausgeglichene Erfolgsrechnung mit einem unveränderten Steuerfuss dem Parlament zu unterbreiten. Wie das Budget zeige, habe der Effekt des Gemeindezusammenschlusses in etwa „saldoneutral“ veranschlagt werden können. Wie in der Weisung zum Gemeindezusammenschluss ausgeführt worden sei, würden sich die aufgezeigten Synergieeffekte in den kommenden Jahren materialisieren. Der Zeithorizont liege bei vier bis fünf Jahren. Bevor er auf das Budget eingehe, wolle er dies in einen grösseren Zusammenhang stellen.

Sie hätten ein günstiges wirtschaftliches Umfeld. Die Unternehmen hätten gefüllte Auftragsbücher und auch die Exportindustrie sei gut unterwegs. Die Arbeitslosigkeit sei auf einem weiterhin sehr tiefen Niveau. Der von einer robusten Entwicklung des privaten Konsums und einem starken Anstieg der Investitionen gestützte Aufschwung der Weltwirtschaft dürfte anhalten. Dieser Aufschwung der Weltkonjunktur und der gegenüber dem Euro etwas schwächere Franken seien für die Schweiz die entscheidenden Konjunkturantreiber. Die meisten Branchen würden derzeit expandieren, auch die Maschinen- und Metallindustrie. Auch der Tourismus entwickle sich wieder positiv. Nur in der Baubranche sei mit einem leichten Rückgang zu rechnen. Die Zeiten der Negativzinsen würden zu Ende gehen. Bereits 2019 werde mit steigenden Langfristzinsen gerechnet. Weil sich kein rascher Abbau der sehr hohen Bilanzsumme der Nationalbank abzeichne und der Wechselkurs ungefähr stabil bleibe, bleibe der Preisanstieg trotzdem niedrig. Die grössten Konjunkturrisiken lägen vor allem im internationalen Umfeld. Die politischen Unsicherheiten hätten zugenommen und könnten zu einer Flucht in den Schweizer Franken führen. Eine weitere Eskalation der Streitigkeiten über die Modalitäten im internationalen Handelsaustausch würde sich ebenfalls dämpfend auf die schweizerische Wirtschaftsaktivität auswirken.

Für Wädenswil bedeute diese Einschätzung, dass sich die Steuereinnahmen weiterhin positiv entwickeln würden. Auch sei der Verkauf der Parzellen der Werkstadt Zürisee auf der Zielgeraden. Bis auf eine Parzelle seien alle verkauft oder reserviert. Neue Firmen kämen nach Wädenswil und es würden viele zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Gleichzeitig nehme auch die Bevölkerung zu. Wädenswil habe am 31. Dezember 2017 21'716 Einwohner und Einwohnerinnen gezählt. Nach einer ausserordentlichen Zunahme aufgrund des Gemeindezusammenschlusses werde mit einer durchschnittlichen Zunahme von 0.6% pro Jahr gerechnet. Bis 2022 werde die Zahl auf 25'220 Einwohner und Einwohnerinnen zunehmen. Also 3'500 mehr als heute. Generell schein aufgrund der vielen Kräne und Baustellen eine Goldgräberstimmung zu herrschen. Auf den ersten Blick stünden die Zeichen also auf Positiv und die Sonne auf Wädenswil zu scheinen. Aber leider habe es auch Wolken, die die Sonne verdecken würden. Die eine oder andere sei von seinen Vorrednern bereits erwähnt

worden. Das Wachstum sei eine grosse Herausforderung für Wädenswil, müsse doch die Infrastruktur entsprechend angepasst und ausgebaut werden, vor allem auch die Schulbauten. Wie für Unternehmen gebe es auch für die Gemeinwesen Kennzahlen, die die finanzielle Gesundheit einer Stadt wiedergäben. Es seien dies unter anderem der Selbstfinanzierungsgrad und die Nettoschuld pro Einwohner und Einwohnerin. Der Selbstfinanzierungsgrad zeige, welcher Anteil einer Investition durch eigene Mittel finanziert werden könne. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von rund 50% für den Steuerhaushalt könne also nur die Hälfte einer Investition mit eigenen Mitteln finanziert werden. Für die andere Hälfte müsse Fremdkapital aufgenommen werden. Entsprechend steige die Neuverschuldung und die Nettoschuld pro Einwohner und Einwohnerin von CHF 602.- Ende 2017 auf CHF 1'178.- Ende 2019.

Selbstverständlich mache sich der Stadtrat Gedanken zur Zukunft. Sie seien gerade am Finanz- und Entwicklungsplan, der einen 10 Jahre Horizont habe. Die Punkte würden entsprechend aufgenommen und Ende Januar soll er der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vorgelegt und dann im Parlament diskutiert werden können.

Nun komme er zum Budget 2019. Die finanzpolitische Lage der Stadt Wädenswil habe sich im Vergleich zu früheren Jahren etwas beruhigt, es gebe aber weiterhin grosse finanzpolitische Herausforderungen. Vor allem die Verschuldung werde der Stadtrat im Auge behalten müssen. Ende 2017 habe die Stadt Wädenswil verzinsliche Schulden im Umfang von rund CHF 130.0 Mio. gehabt. Aufgrund hoher Investitionen und eines tiefen Selbstfinanzierungsgrads von etwa 49% werde 2019 die Verschuldung weiter zunehmen. Wenn die Zinsen auch nur leicht steigen würden, habe das einen grossen Einfluss auf die Erfolgsrechnung. Der Stadtrat und die Verwaltung seien sich dieser Problematik bewusst und würden sorgsam mit den anvertrauten Steuergeldern umgehen. Der Stadtrat habe in diesem Umfeld das Budget 2019 zuhänden des Gemeinderats verabschiedet. Er habe darauf geachtet, dass der Haushalt weiter stabilisiert werden könne. Den Steuerfuss beantrage er auf dem heutigen Niveau von 85% (ohne Oberstufenschulgemeinde) zu belassen.

Die Erfolgsrechnung weise einen Ertragsüberschuss von CHF 6.9 Mio. aus. Darin enthalten sei der ausserordentliche Kantonsbeitrag von CHF 7.6 Mio. zur Abfederung des Zusammenschlusses mit Schönenberg und Hütten. Ohne diesen Sondereffekt resultiere ein vertretbares Defizit von CHF 0.7 Mio. Zu beachten sei, dass aufgrund des neuen Rechnungsmodells HRM2 das Verwaltungsvermögen neu linear und nicht mehr degressiv abgeschrieben werde. Dadurch würden 2019 die Abschreibungen rund CHF 4.2 Mio. tiefer ausfallen.

Der Gesamtaufwand liege bei CHF 197.2 Mio. und der Gesamtertrag bei CHF 204.1 Mio. Ein Vergleich mit dem Voranschlag 2018 sei nur bedingt möglich, da in der Erfolgsrechnung 2019 erstmals die Aufwände und Erträge von Schönenberg und Hütten enthalten seien. Unter den Bereichen mit dem grössten Kostenwachstum befänden sich wie in den Vorjahren die Pflegefinanzierung, die Sozialversicherungen (insbesondere Ergänzungsleistungen) und die gesetzliche wirtschaftliche Hilfe. Neben diesen drei Bereichen weise zudem die Primarschule eine grosse Aufwandsteigerung aus, die sich primär aufgrund der neuen Schuleinheiten Schönenberg und Hütten ergäben.

Auf der Ertragsseite nahmen die Steuern und der Lastenausgleich aufgrund der Eingemeindung und der positiven wirtschaftlichen Lage zu. Die Steuerkraft pro Einwohner steige leicht von CHF 3'212.- auf CHF 3'226.- Viel zu reden und schreiben habe in den letzten Wochen der innerkantonale Finanzausgleich gegeben. Dies wegen dem neuen Gemeindegesetz, das vorgebe, wie der Finanzausgleich jetzt budgetiert werden müsse. Nach der bisherigen Regelung hätte im Budget 2019 der Betrag aus dem Bemessungsjahr 2017 eingestellt werden müssen. Dieser Betrag sei im 2018 vom Kanton den Gemeinden kommuniziert worden. Mit diesem Vorgehen hätten die Gemeinden den Finanzausgleich jeweils „auf den Franken genau“ im Budget einstellen können. Diese Budgetierung sei jedoch als nicht periodengerecht bemängelt worden und deshalb seien neue Vorgaben gemacht worden. Nach der neuen Methode müsse in einem ersten Schritt der für das Budgetjahr 2019 erwartete Finanzausgleich geschätzt werden, basierend auf der eigenen Steuerkraft pro Einwohner, der geschätzten Steuerkraft des Kantons (ohne die Stadt Zürich) und der Schätzung des Einwohnerbestands. Dann müsse dieser Betrag um die Auflösung der Abgrenzung aus den Differenzen der Zahlungen der Bemessungsjahre 2015 und 2017 und der Bildung einer geschätzten Abgrenzung zwischen den Zahlungen der Bemessungsjahre 2017 und 2019 angepasst werden. Das könne zu teilweise kuriosen Ergebnissen führen, von denen ja einige in den Zeitungen kommentiert worden seien. Schlussendlich habe aber eine Gemeinde nicht mehr oder weniger Geld in der Kasse. Sie hätten den Finanzausgleich mit CHF 9.5 Mio. brutto im Budget eingestellt. Dieser Betrag sei entsprechend den Vorgaben berechnet und dann nochmals aufgrund der Aufforderungen des Regierungsrats und Bezirksrats zusätzlich verifiziert worden. In diesem Zusammenhang erwähne er noch, dass der bisherige Anspruch auf den demografischen und den geografisch-topografischen Sonderlastenausgleich für Hütten mit dem Gemeindezusammenschluss nicht mehr gegeben seien. Das seien immerhin CHF 700'000.- gewesen.

Er komme nun zur Vergleichbarkeit mit den Vorjahren und der Modellrechnung aus dem Jahr 2015. Mit der gleichzeitigen Umstellung auf HRM2 und der Eingemeindung sei eine Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr und der Modellrechnung aus dem Jahr 2015 auch mit dem besten Willen und einem ausserordentlichen Einsatz der Abteilung Finanzen nur beschränkt machbar. Sie hätten in diversen Gesprächen und Präsentationen mit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission diese Problematik diskutiert und wo immer möglich und mit einem vertretbaren Aufwand die gewünschten Informationen geliefert. Bei den Abteilungsbesuchen durch die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission sei natürlich ein spezieller Fokus auf diesen Punkt gelegt worden. Auch sei seit 2015 einiges passiert. Er wolle hierzu einige Einflussfaktoren erwähnen. Es sei ein neuer Kontenplan eingeführt worden. Es habe einen Modellwechsel bei den Abschreibungen von degressiv zu linear gegeben. Es sei zu Verschiebung von Aufwänden und Erträgen zwischen den Funktionen gekommen. Beispielsweise würden Abschreibungen dezentral in den einzelnen Abteilungen verbucht. Es habe eine Periodenverschiebung beim Finanzausgleich durch Systemwechsel gegeben. Wie angetönt komme der Wegfall vom geographisch-topographischen Sonderlastenausgleich und vom individuellen Sonderlastenausgleich ISOLA von Hütten. Weiter gebe es Aufwand- und Ertragsveränderungen durch Preisschwankungen, beispielsweise steige der Aufwand beim Gas um CHF 2.9 Mio. Neu komme es unter HRM2 zu Bruttoverbuchungen, im Gegensatz zur bisherigen Nettoverbuchung. In der Erfolgsrechnung seien die Aufwände und Erträge stark gestiegen, ohne dass effektiv mehr Aufwände oder Erträge entstanden seien.

Neu würden auch die internen Verrechnungen anders verbucht. Weiter habe es andere allgemeine Entwicklungen gegeben wie den Lehrplan 21, PCs an der Primarschule, steigende Gesundheits- und Sozialkosten, Prämienentwicklung und Unfallversicherung, Beitragserhöhung an IWS etc. Das Investitionsvolumen der vergangenen Jahre habe zudem einen grossen Einfluss auf die Erfolgsrechnung. Gesetzesänderungen habe es gegeben, zum Beispiel Einzahlung in den Bahninfrastrukturfonds von rund CHF 700'000.-. In Hütten sei der Steuerfuss verändert worden. Die Entschädigung von Behörden und Kommissionen hätten sich verändert. Es gebe neue Angestellte aufgrund des Gemeindegemeinschaftszusammenschlusses. Auch sei die Verbuchung Investitionsrechnung/Erfolgsrechnung (HRM2) neu geregelt worden. Durch die Verschiebungen von Kosten aus der Investitionsrechnung in die Erfolgsrechnung (mehrjähriger Nutzen resp. Aktivierbarkeit sind nicht gegeben) sei der Aufwand grösser geworden. Die Liste gehe weiter.

Die ganze Diskussion müsse auch etwas relativiert werden. Habe doch der Gemeindegemeinschaftszusammenschluss nur einen kleinen Einfluss auf die Finanzen von Wädenswil. Der Aufwand von Schönenberg und Hütten zusammen betrage nur ca. 11% des Gesamtaufwands. Die Einmalaufwände des Gemeindegemeinschaftszusammenschlusses betrügen ca. CHF 450'000.-. Der Rest des Kantonsbeitrags von CHF 7.6 Mio. werde gebraucht um die Verschuldung zu verlangsamen. Die zukünftigen Rechnungen würden zeigen, ob die Ziele des Gemeindegemeinschaftszusammenschlusses erreicht werden könnten. Ganz entscheidend sei da aus seiner Sicht, ob der politische Wille vorhanden sei, all die aufgezeigten Massnahmen konkret umzusetzen. Bei den Investitionen in das Verwaltungsvermögen im Umfang von CHF 29.9 Mio. liege der Fokus auf Infrastrukturprojekten wie Schulbauten, Wasser- und Abwasseranlagen, der Hauptsammelstelle sowie dem Hallenbad. Dank der erfreulichen Entwicklung der Werkstadt Zürisee würden der Stadt im Jahr 2019 rund 14.0 Mio. Verkaufserlös zufließen. Zusammen mit Investitionen von CHF 0.8 Mio. in das Finanzvermögen ergäben sich Nettoinvestitionen von CHF 16.8 Mio.

Der Stadtrat beantrage dem Gemeinderat das Budget 2019 der Stadt Wädenswil zu genehmigen und den Steuerfuss auf 85% des einfachen Gemeindesteuerertrags festzusetzen. Er freue sich auf eine spannende Sitzung und danke für die Aufmerksamkeit.

Patrick Höhener, Grüne, sagt, dass er einen etwas anderen Blick auf das Budget 2019 habe. Er habe die Investitionsübersicht etwas genauer angeschaut und ihm seien vier Positionen ins Auge gestochen:

- Wärmeverbund Eidmatt, Ersatz Gaskessel
- Wärmeverbund Untermosen, Ersatz Gaskessel
- Schulanlage Steinacher I & II, Ersatz Heizzentrale
- Schulanlage Gerberacher, Ersatz Heizzentrale

Offenbar sei geplant, bei diesen vier Grossanlagen weiterhin auf fossile Brennstoffe, nämlich Gas, zu setzen. Wichtig sei zu wissen, dass diese vier grossen Heizungen über 50% des Verbrauchs der Stadt Wädenswil ausmachen würden, da mit fossilen Brennstoffen geheizt werde. Wenn diese vier Heizungen mit erneuerbaren Energien beheizt würden, könnte auf einen Schlag über 50% des CO₂-Ausstosses reduziert werden. Er erläutere, was das in Zahlen bedeute. Die vier Wärmeverbände, die mit Gas zu betreiben vorgesehen sei, würden pro

Jahr 3.6 Mio. kWh Gas brauchen. Das entspreche pro Jahr einem CO₂ Ausstoss von 800 Tonnen. Bei einer Lebensdauer von 30 Jahren seien es 24'000 Tonnen. Zum Vergleich: 800 Tonnen CO₂ entsprächen dem CO₂ Ausstoss von ca. 120 Einfamilienhäusern in Wädenswil.

Wenn die Stadt im Glärnisch Veranstaltungen durchführe und die Hauseigentümer motivieren wolle, energetisch sinnvolle Sanierungsmassnahmen anzupacken und die Stadt selber mit vier Heizungen das erreiche, was 120 Eigentümer machen könnten, sei es schwierig zu verstehen und auch nicht unbedingt glaubwürdig. Das bedeute weiter: Wenn diese Anlagen wie geplant weiterhin mit Erdgas statt mit erneuerbaren Energien betrieben würden, werde der CO₂-Ausstoss über die nächsten 30 Jahre sicher nicht abnehmen und die Klimaziele der Schweiz gemäss Energiestrategie 2050 würden nicht eingehalten. Auch werde die Rezertifizierung als Energiestadt gefährdet und das angestrebte Goldlabel entschwinde. Zusätzlich müsse man wissen, dass sich seit 2014 der CO₂-Ausstoss der stadteigenen Liegenschaften um 25% erhöht habe.

Die Fraktion der Grünen werde dem Stadtrat den Antrag stellen, dass grundsätzlich bei Ersatz von Heizungen auf erneuerbare Energien zu setzen sei und dass fossile Energieträger nicht mehr eingesetzt würden. Zuletzt erwähne er noch, dass Gas alles andere als ein kostengünstiger Energieträger sei. Gas sei nicht nur aus ökologischer Sicht bedenklich, sondern auch aus ökonomischer Sicht unattraktiv.

Detailberatung:

Abteilungsweises Vorgehen des Budgets

Präsidiales (Seite 28 bis 35)

Mitglied der GRPK, Martin Schlatter, EVP, dankt Stadtpräsidenten Philipp Kutter, Johanna Bürgi Moser, Esther Ramirez und Heinz Kundert, dass sie Christian Gross und ihn zum jährlichen Abteilungsbesuch empfangen und die Fragen gründlich beantwortet hätten. Der Abteilung seien 27 Fragen gestellt worden. Das entspreche ungefähr dem Durchschnitt der Anzahl Fragen der übrigen Abteilungen. Diverse Fragen hätten den Zusammenschluss der drei Gemeinden betroffen, bei welchem die Projektleitung beim Präsidialen liege. Projektleiter sei Stadtschreiber Heinz Kundert. Nicht nur für die Abteilung Präsidiales, sondern für die ganze Verwaltung sei dieser Zusammenschluss eine enorme Herausforderung. Zahlreiche Abläufe und Prozesse seien einmalig und müssten ohne entsprechende Erfahrung abgewickelt werden. Neben vielen personellen Veränderungen in der Anstellung seien komplexe Datenzusammenführungen aus verschiedensten Softwaresystemen, Planung und Durchführung von Umzügen, diverse Abschlüsse von Rechnungen, Anpassungen diverser administrativen und rechtlichen Regelungen, zusätzliche Jahresabschlüsse und Revisionen von Jahresrechnungen nebst der Organisation von Festivitäten usw. zu erwähnen. All diese bisherigen und noch zu leistenden Arbeiten, beispielsweise auch über Weihnachten und Neujahr, wenn die Verwaltung geschlossen bleibe, wären ohne das hervorragende Engagement aller Beteiligten nicht realisierbar gewesen und sei daher besonders zu würdigen.

Das Budget 2019 der Abteilung Präsidiales weise einen Aufwand von CHF 8.4 Mio. und einen Ertrag von CHF 4.1 Mio. aus. Daraus resultiere ein Nettoaufwand von CHF 4.3 Mio. Das

Budget 2019 der Abteilung Präsidiales bewege sich grundsätzlich im Rahmen der letzten Jahre. Der Nettoaufwand habe sich im Budget 2019 gegenüber 2018 um rund CHF 300'000.- verschlechtert (7.7%). Begründen lasse sich dieser Rückgang zum Teil wegen des Gemeindegemeinschaftenschlusses sowie des neuen Rechnungsmodells HRM2. Die Differenz des Nettoaufwands im Budget 2019 gegenüber 2018 setze sich aus verschiedenen grösseren und kleineren Positionen zusammen. Im Folgenden würden zur Plausibilisierung die Differenzen von ein paar wenigen, jedoch relevanten Beispielen mit Hinweisen auf ausserordentliche Veränderungen aufgelistet, aus welchen eine Verschlechterung des Nettoaufwands von insgesamt rund CHF 300'000.- resultiere. Beispiele von gesteigerten Nettoaufwänden, die zusammen rund CHF 250'000.- ergäben sind Anlässe und Geschenke im Rahmen des Gemeindegemeinschaftenschlusses, die Stellenplanerhöhung um 40% bei den Einwohnerdiensten im Rahmen des Gemeindegemeinschaftenschlusses sowie die Stellenplanerhöhung gemäss Beschluss Stadtrat von 40% im Zivilstandswesen und um 50% im Stadtammann- und Betreibungsamt. Auch kämen noch neue Abschreibungen im Rahmen von HRM2 dazu. Beispiele von verminderten Erträgen, die zusammen rund CHF 50'000.- ergäben, seien die Entschädigungen von Gemeinden und Zweckverbänden, HRM2-bedingte Weiterverrechnung von Kosten wie Postcheckgebühren etc. sowie Gemeindegemeinschaftenschluss bedingte Differenzen durch Wegfall der Entschädigungen von den Gemeinden Schönenberg und Hütten.

Antrag der GRPK

Konto 0161 Übrige Kulturförderung/übrige Beiträge, S. 33

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Aufwandkonto wird zusätzlich mit CHF 20'000.- belastet, befristet auf drei Jahre. Diese CHF 20'000.- sollen dem Verein Eisbahn als Betriebsunterstützung dienen, sofern der Stadtrat vom Betriebskonzept überzeugt ist.

Alt: CHF 321'075.-

Neu: CHF 341'075.-

Mitglied der GRPK, Rita Hug, Grüne, sagt, dass Schüler Politik machen würden. So habe das Schülerparlament Wädenswil Unterschriften zur Erhaltung der Eisbahn Wädenswil gesammelt. Sie finde das super. Sie würden einen Appell an die Politiker schicken, mitzuhelfen, die Eisbahn wieder zu betreiben. Jugendliche und Kinder würden sich in ihrer Freizeit für eine gute und sinnvolle Freizeitbeschäftigung engagieren, die ihnen wichtig sei. Als Argumentation hätten die Schüler und Schülerinnen Folgendes genannt:

- Sinnvolle Freizeitbeschäftigung
- Eventmöglichkeit für Vereine
- Treffpunkt für Jung und Alt, für Familien und Privatpersonen
- Attraktivität für Wädenswil
- Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendarbeit
- Keine langen Reisewege, Kundennähe
- Abwechslung im Schulunterricht

- Tradition
- Eingespieltes Team während der Betriebszeiten
- Belebtes Zentrum auch am Wochenende
- Kein leerer Seeplatz

Die Eisbahn Wädenswil fehle. Jetzt wäre ein fröhliches Treiben auf dem Seeplatz, Kinder und Erwachsene träfen sich an der frischen Luft vielleicht bei einem Glühwein und verbrächten Zeit zusammen. Die Eisbahn Wädenswil sei in diesem Jahr nicht zustande gekommen, weil die Finanzen zu knapp gewesen seien. Der Verein Eisbahn habe beim Stadtrat um einen Kredit von CHF 20'000.- angefragt, dieser sei jedoch eisig kalt geblieben und habe die Eisbahn abgewiesen. Offenbar finde eine richtige Hatz gegen die Eisbahn statt. Sie wolle den negativen Aussagen einzelner ehemaliger Helfenden eine Stellungnahme des aktuellen Vorstands entgegenstellen:

- Es gebe ein Konzept für den Auf- und Abbau und den Betrieb der Eisbahn, das sehr gut funktioniere. Der Vorstand habe die Finanzen im Griff. Darum habe er auch nach der Absage des Stadtrates eigenständig beschlossen, dass ein Aufbau der Eisbahn in dieser Saison zu riskant sei.
- Weiter habe der Verein jährlich und regelmässig Geld von ihrem Darlehen, das sie von der Stadt erhalten hätten, zurückbezahlt.
- Die Container seien in die Jahre gekommen, das stimme. Allerdings seien sie repariert worden und seien durchaus noch gut zu gebrauchen.
- Es gebe eine Eismaschine, die funktioniere. Der Verein habe einen guten lokalen Handwerker, der sie bei Bedarf repariere.
- Der Sommerlagerplatz sei von der Stadt für ein Jahr gekündigt worden. Der Verein habe mit Hilfe der Stadt Ersatz gefunden, die drei zusammengebauten Restaurantcontainer hätten dank der grossen Arbeit der Verantwortlichen für den Auf- und Abbau sogar am angestammten Platz bleiben können. Für die nächste Übersommerung könnten sie dann wieder an den angestammten Platz zurückkehren.
- Mit einem Angestellten bei den Werken in Richterswil hätten sie einen sehr kompetenten Bauleiter gefunden, der den ganzen Auf- und Abbau professionalisiert habe. Andreas Mezzadri, der im Publikum sitze, ebenfalls Baufachmann und Vorstandsmitglied, unterstütze ihn bei Bedarf. Da sei der Verein sehr gut aufgestellt.
- Helfende, die schon fest zugesagt hätten, habe es im Moment zu wenig. Das sei verständlich. Trotzdem, der Lions Club und die Kiwanis seien schon auf den Verein Eisbahn zugekommen und hätten Hilfe angeboten. Man werde auch noch mit dem HEKS, der Hockeyschule und anderen Institutionen reden. Zudem habe die Oberstufe Wädenswil gesagt, dass sie mit Schüler und Schülerinnen helfen wolle.
- Die Schlittschuhe würden jeweils vor Saisonbeginn geschliffen und seien tip-top in Ordnung.
- Es stünden grössere Investitionen an, dem Vorstand sei das bekannt und er kümmere sich darum.

Ja es sei so, der Vorstand müsse erweitert werden und es müssten grosse Anstrengungen gemacht werden, wenn die Eisbahn im nächsten Winter wieder stehen solle. Was aber sicher sei, wenn die CHF 20'000.- für die nächsten drei Jahre nicht gesprochen würden,

werde das der Todesstoss für die Eisbahn sein. Mit dieser Budgetsprechung gebe es immerhin Hoffnung sich neu auszurichten. So wolle zum Beispiel versucht werden, einen Hauptsponsor zu finden. Eine Idee wäre allenfalls, die Eisbahn in die Freizeitanlage zu verlegen und Synergien mit der neuen Dienststelle Soziokultur zu schliessen.

Sie wisse, dass sie einige Kollegen und Kolleginnen mit diesen Argumenten nicht überzeugen könne. Sie hätten so viele andere Möglichkeiten, sich im Winter aktiv draussen zu vergnügen und einen weiteren Weg auf sich zu nehmen, um etwas Schönes zu erleben. Für die Kinder und älteren Menschen sowie für die Schüler und Schülerinnen von Wädenswil sei die Eisbahn aber ein Ort, wo sie mit wenig Aufwand hin könnten und für wenig Geld Gesellschaft, Bewegung und Sport machen könnten. Sie wollten keine Schlafstadt sein, sondern ein Ort, wo sich Menschen mit einem kleineren Budget vergnügen und Gesellschaft geniessen könnten.

Die CHF 20'000.- sollten jährlich für drei Jahre gesprochen werden. Ziel sei es, einen grösseren Sponsor zu finden sowie den Vorstand zu erweitern. Das werde nicht einfach sein, das wüssten sie. Aber wenigstens sei es doch eine Chance. Der Vorstand werde sich selber gegen einen Wiederaufbau aussprechen, wenn er sehe, dass die Rahmenbedingungen nicht stimmen würden.

Also geben sie dem Vorstand diese Chance. Das seien CHF 166.66 pro Tag für diese vier Betriebsmonate, die die Eisbahn in Betrieb sei. Das sei für eine gute Sache.

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP, teilt mit, dass die Eisbahn fehle. Es sei für viele eine Überraschung gewesen, als sie erfahren hätten, dass diesen Winter keine Eisbahn aufgestellt werde. Klein und Gross seien enttäuscht gewesen und müssten jetzt auf die umliegenden Eisfelder ausweichen. Diese würden sich natürlich über den Zuwachs aus Wädenswil freuen. Vor allem die Primar- und Oberstufenschüler und -schülerinnen würden die Eisfläche vermissen. Das Highlight, mit der Klasse Schlittschuhfahren zu gehen, gebe es dieses Jahr nicht.

Wenn genau hingeschaut werde, müsse aber auch gesagt werden, dass das Eisfeld nicht nur an warmen Wintertagen mit dem Betrieb kämpfe, sondern der Verein schon länger Mühe habe, sich finanziell und personell über Wasser zu halten. Das jedenfalls höre man von verschiedenen Seiten. Ohne Unterstützung der Stadt gehe schon lange nichts mehr. Es fehle aber nicht nur an Geld, sondern anscheinend auch an aktiven und passiven Mitgliedern. Auch ein passendes Betriebskonzept, das aufzeige, wie der Verein längerfristig überlebe, sollte erarbeitet werden. Die SP bemängle auch den enormen Energieverschleiss. Sicher gebe es umweltfreundlichere Alternativen um die Fläche zu kühlen.

Die Frage sei also, ob es sich lohne, einen finanziellen Zustupf von CHF 20'000.- zu sprechen. Die SP-Fraktion finde ja. Die Eisbahn sei ein Gewinn für Wädenswil. Sie mache die Stadt attraktiver und gebe vor allem den Jungen im Winter die Möglichkeit sich zu bewegen. Es sei eine tolle, sinnvolle Freizeitbeschäftigung für alle und ziehe die Leute auch aus den Nachbargemeinden an. Wie sehr es vor allem bei den Jungen ein Anliegen sei, die Eisbahn wieder zu betreiben, zeige die Lancierung der Petition von Oberstufenschüler und -schülerinnen aus dem Schülerparlament.

Sie betone, dass eine Erhöhung des Kulturbudgets von CHF 20'000.- noch lange nicht heisse, dass jetzt der Verein Eisbahn Wädenswil einfach so das Geld bekomme. Nach wie vor entscheide der Stadtrat, ob der Betrag eingesetzt werde oder nicht. Sie glaube, sie könnten dem Stadtrat vertrauen, dass er ein Betriebskonzept verlange und dieses kritisch beurteile. Für den Verein solle der gesprochene Beitrag Motivation sein, ein umfassendes, nachhaltiges und energietechnisch vernünftiges Konzept zu erstellen und Sponsoren zu finden.

Die SP unterstütze somit den Antrag, das Kulturbudget zugunsten des Vereins Eisbahn zu erhöhen. Sie sei sich sicher, dass sich von links bis rechts alle freuen würden, wenn in Wädenswil bald wieder die Schlittschuhe angezogen werden könnten. Vielleicht finde der nächste Gemeinderatsausflug sogar auf dem Eis statt.

Mitglied der GRPK, Adrian Stocker, SVP, sagt, dass die SVP nicht grundsätzlich gegen die Eisbahn in Wädenswil sei. Aber so, wie es in den letzten paar Jahren gelaufen sei, nicht dass man nicht Eislaufen habe können, sondern finanziell, könne die SVP nicht mehr länger zu schauen. Darum solle der Eisbahn keine bzw. keine höhere Unterstützung mehr zukommen. Die Eisbahn habe immer wieder und immer mehr Unterstützung gebraucht, sei es finanzielle oder andere Hilfe. Im Bericht zum Postulat vom 23. November 2015 hätten sie es lesen können. Sie seien fest der Meinung, dass CHF 20'000.- nach drei Jahren erneut nicht mehr reiche und die Eisbahn wieder mehr Geld brauche. Es werde keine nachhaltige Investition sein. Die Probleme, die bestünden, würden sie kennen. Alles sei sehr marode. Kaum sei etwas kaputt, seien wieder grössere Investitionen notwendig. Er staune, dass ausgerechnet die Grünen mit einem solchen Antrag kämen. Eine Kunsteisbahn sei nämlich keine ökologische Sache. Er wisse das von seinem Schwager, der in Wetzikon im Gemeinderat sei. Wetzikon habe eine wunderbare Eishalle. Die Grünen in Wetzikon kämen immer mit Anträgen gegen die Eishalle, das sie ein ökologischer Schandfleck in der Gemeinde sei. Zudem werde auch dort immer wieder die finanzielle Unterstützung kritisiert. Wenn eine Partei im gleichen Kanton so unterschiedliche Meinungen habe, frage er sich, ob die Grünen in Wädenswil die grüne Einstellung abändern würden, wenn es darum gehe, dass ein Projekt sehr kundenfreundlich sei. Wenn man als Gutmenschen da stehen wolle, sehe es immer besser aus im Hinblick auf die nächsten Wahlen. Er vertrete die Meinung, den Kredit nicht zu erhöhen. Die SVP werde gegen den Antrag stimmen.

Mitglied der GRPK, Lukas Wiederkehr, CVP, teilt mit, dass sie von der CVP-Fraktion für den Antrag seien. Die Eisbahn sei für die Bevölkerung von Wädenswil ein Gewinn und belebe den Seeplatz in der Winterzeit. Sie fänden, dem Stadtrat könne vertraut werden, dass er die Mittel sinnvoll einsetze.

Mitglied der GRPK, Martin Schlatter, EVP, sagt, dass er sich kurz fasse. Er schliesse sich dem Votum von Lukas Wiederkehr an.

Stadtpräsident Philipp Kutter teilt mit, dass er sich nicht so kurz halten könne wie Martin Schlatter. Der Stadtrat wehre sich nicht gegen den vorliegenden Antrag. Er entspreche in etwa dem, was der Stadtrat dem Verein Eisbahn Wädenswil auf den Weg gegeben habe. Die Eisbahn sei beliebt und viele Wädenswiler und Wädenswilerinnen würden wollen, dass

sie ihren Betrieb wieder aufnehmen. Grundsätzlich unterstütze auch der Stadtrat die Eisbahn. Wiederholt in der Geschichte habe die Stadt bzw. hätten die Steuerzahlenden die Eisbahn unterstützt. Der Seeplatz dürfe gratis benützt werden und es seien sogar extra Installationen bei der Neugestaltung des Seeplatzes vorgenommen worden. Die Stadt habe mit Darlehen und A-fonds-Perdu-Beiträgen mitgeholfen, dass die Eisbahn die Infrastruktur anschaffen konnte; beue Banden, neue Eisbahnmaschine, neue Container. Zu seiner Zeit als Stadtrat Sicherheit und Gesundheit habe er dies aus nächster Nähe begleitet. Nicht zu vergessen seien die Schulklassen auch mitverantwortlich für einen guten Teil des Umsatzes. Er erwähne das, da er im Vorfeld der heutigen Sitzung gehört habe, dass die Stadt auch mal etwas für die Eisbahn tun könne. Aufgrund der Geschichte könne er die Aussage nicht nachvollziehen. Die Stadt habe die Eisbahn mehrfach unterstützt. In erster Linie über Beiträge an die Investitionen, wie das in der Wädenswiler Vereinsförderung üblich sei.

Nun seien sie in eine neue Phase getreten. Im Frühsommer 2018 habe der Verein Eisbahn um einen Betriebsbeitrag in der Höhe von CHF 20'000.- gebeten. In den Gesprächen mit dem Verein Eisbahn sei klar geworden, dass das Geld nicht die einzige Herausforderung sei, die der Verein Eisbahn Wädenswil stemmen müsse. Weitere Themen seien: Sinkende Umsätze, fehlende Vorstandsmitglieder (nicht nur eines), fehlende Helfer und Helferinnen (und zwar viele), der Standort sei infrage gestellt wegen der zusätzlichen Kosten, die die SBB für Transporte auf den Seeplatz über die Geleise verrechne, die Infrastruktur (Container, die Eisbahnanlage und die Eisreinigungsmaschine) müsse rechtzeitig erneuert werden, das bedeute, es müssten Rücklagen gebildet werden. Die Restauration sei eine Herausforderung.

Wenn heute die CHF 20'000.- überwiesen würden, hiesse dies noch lange nicht, dass im nächsten Winter die Eisbahn aufgestellt werden könnte. Das sei die komplexe Situation. Es tue ihm Leid und er bedauere dies. Aber so sei es nun mal.

Der Stadtrat habe dem Verein Eisbahn gesagt, dass er die Schulden, die er im Moment habe, nicht zurückzahlen müsse. Denn so wäre dem Verein der letzte Rappen genommen worden. Die Rückzahlung der bestehenden Darlehen sei zurzeit ausgesetzt. Zudem sei der Vorstand gebeten worden, zuerst ein Betriebskonzept zu erstellen. Darin sollten alle Fragen, die er vorher aufgelistet habe, beantwortet sein. Wahrscheinlich gebe es noch weitere Fragen, die er im Moment nicht kenne. Der Verein müsse seine Tätigkeit auf eine sichere Basis stellen. Dann sei der Stadtrat gerne bereit, das Gesuch um eine finanzielle Unterstützung zu prüfen. Die Eisbahn werde nicht überhart behandelt.

Der Stadtrat habe den Verein Eisbahn auch nicht einfach hocken lassen. Er habe angeboten, bei der Suche nach neuen Zukunftsmodellen aktiv mitzudiskutieren. Der Vorstand habe dieses Angebot inzwischen aufgenommen und sie hätten eine Dreierdelegation bestimmt, bestehend aus Ernst Brupbacher, Alexia Bischof und ihm selbst. Sie würden versuchen, dem Verein Eisbahn behilflich zu sein. Er finde es gut, dass Unterschriften gesammelt und die Leute sich aufregen würden, dass die Eisbahn zurzeit nicht existiere. Es brauche einen Ruck. Zwei Sachen seien jedoch notwendig: Erstens brauche es weiterhin Leute, die das Angebot Eisbahn trügen und zweitens müssten alle quer denken. Zum Beispiel stelle sich die Frage, ob es allenfalls auch andere Standorte gebe und evtl. auch Kooperationen, zum Beispiel im Bereich Gastronomie eingegangen werden könnten. Darauf würden sie sicher in

den kommenden Monaten zu sprechen kommen. Drittens müsse zur Kenntnis genommen werden, dass das Bessere der Feind des Guten sei. Das Angebot an Eisfeldern habe sich in der Region verändert, darauf müsse auch reagiert werden.

Thomas Koch, FDP, führt aus, dass die FDP/GLP-Fraktion jegliche private Eigeninitiative unterstütze. Es entspreche ihrer grundlegenden Überzeugung, dass jeder und jede zuerst selbst und in eigener Verantwortung etwas auf die Beine stellen solle, bevor beim Staat angeklopft und Steuergelder verlangt würden. Von daher hätten sie auch immer den Einsatz sehr geschätzt, den der private Verein Eisbahn in der Vergangenheit geleistet habe, um der Wädenswiler Bevölkerung das Schlittschuhlaufen auf dem Seeplatz zu ermöglichen.

Verschiedene, wie von Stadtpräsident Philipp Kutter bereits gehört, eigenverschuldete aber auch vom Trägerverein nicht beeinflussbare äussere Faktoren hätten dazu geführt, dass der Verein Eisbahn dieses Jahr keine Eisbahn aufstellen konnte. Es stelle sich somit die Frage, ob die Eisbahn respektive der Trägerverein überhaupt eine Zukunft habe. Genau diese Frage habe der Stadtrat dem Vereinsvorstand gestellt und den Vorstand aufgefordert, ihm ein Betriebskonzept zu unterbreiten. Damit in einer zweiten Stufe geprüft werden könne, ob die Stadt den Verein Eisbahn unterstützen solle, sei es finanziell oder in anderer Form. Dieses Betriebskonzept, so wie es vom Stadtrat verlangt worden sei, liege bis heute nicht vor. Es möge ja sein, wie Rita Hug heute ausgeführt habe, dass ein Konzept für den Auf- und Abbau vorliege, aber das sei noch kein Betriebskonzept. Ein Betriebskonzept habe der Vorstand nicht ausgearbeitet. Das könne nur bedeuten: Entweder sei der Vorstand handlungsunfähig oder er wisse selbst nicht, ob, wann, in welcher Form und vor allem auch wo in den kommenden Jahren überhaupt eine Eisbahn betrieben werden solle oder der Verein sei bereits klinisch tot und damit wäre das Projekt Eisbahn auch tot. Wie auch immer, das seien alles Gründe, die es ihnen allen geradezu verbiete, Steuergelder ins Blaue auszugeben, nur weil ihnen die Idee Eisbahn gefalle und sie die Realitäten, wie sie heute halt leider bestünden, nicht akzeptieren könnten oder würden.

Die FDP/GLP-Fraktion werde deshalb den Antrag der Mehrheit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, dem Verein Eisbahn für die kommenden drei Jahr jährlich CHF 20'000.- als Betriebsunterstützung auszuschiessen, nicht unterstützen. Sie wollten aber die Türe nicht endgültig zuschlagen, sondern dem Verein Eisbahn signalisieren, dass die FDP/GLP-Fraktion bei Vorlage und positiver Prüfung eines geeigneten Betriebskonzepts gegebenenfalls zur Unterstützung bereit sei. Wenn irgendwann mal ein aussagekräftiges Betriebskonzept vorliege und dieses vom Stadtrat geprüft und gutgeheissen worden sei, würden sie dieses sicher gerne anschauen. In der heutigen Ausgangslage würden sie den Antrag aus den genannten Gründen ablehnen.

Ivo Peyer, BFPW, sagt, dass seine Fraktion den Antrag leider nicht unterstützen könne. Der Antrag sei gut gemeint und auch sie hätten Freude, wenn Gross und Klein die Schlittschuhe anziehen und Kurven ziehen könnten. Er verzichte auf Wiederholungen des Stadtpräsidenten. Es könne nicht sein, dass der Gemeinderat CHF 20'000.- spreche, welche gerade das Betriebsdefizit decken würden. Der Verein habe ein personelles Problem. Auf den Frühling trete der Präsident zurück, dessen Arbeitgeber die Stadt sei. Sie sähen ein riesiges strukturelles Problem. Bevor der Vorstand nicht wieder handlungsfähig sei, sähen sie - wie die FDP - nicht ein, warum CHF 20'000.- jährlich gesprochen werden sollten. Ihm gehe es nicht

einmal um das Konzept, sondern ob der Vorstand des Vereins überhaupt aktiv sei oder nicht. Diese Aussagen hätten sie von einem Mitglied der EDU. Aus diesen Gründen könne der Antrag nicht unterstützt werden. Noch eine Bemerkung erlaube er sich; auch andere Eisfelder in der Region würden mit finanziellen Problemen kämpfen. Er erwähne die Eisbahn in Wollerau. Nur dank eines grossen bekannten Sponsors habe diese Eisbahn überlebt. Auf dieses Jahr sei dieser abgesprungen. Auch dort sei man auf Geldsuche und der Betrieb für das nächste Jahr sei nicht mehr gewährleistet.

Volkan Dogu, CVP, informiert, das die CVP-Fraktion für den Antrag sei. Im Vorfeld habe er sich mit dem Vorstand des Vereins zusammengesetzt. Er habe genau wissen wollen, was eigentlich laufe. Dabei sei herausgekommen, dass ein Defizit von ca. CHF 20'000.- bestehe. Darum sei die Eisbahn dieses Jahr nicht aufgestellt worden. Er mache sich Gedanken, wie der Verein in der Zukunft besser und effizienter werden könne. Der Verein sei nicht klinisch tot. Eine der Herausforderungen seien die finanziellen Mittel. Mit diesem Geld könnten sie den Verein finanziell entlasten. So könnten sie sich auf die weiteren Herausforderungen konzentrieren. Er glaube, es sei nicht jedem bewusst gewesen, dass das Eisfeld diesen Winter nicht aufgestellt worden sei. Aber spätestens jetzt, in der schönen Weihnachtszeit, finde er, dass der Seeplatz dunkel geblieben sei. Die Eisbahn fehle.

Abstimmung über den Antrag der GRPK

Das Aufwandkonto wird zusätzlich mit CHF 20'000.- belastet, befristet auf drei Jahre. Diese CHF 20'000.- sollen dem Verein Eisbahn als Betriebsunterstützung dienen, sofern der Stadtrat vom Betriebskonzept überzeugt ist.

Alt: CHF 321'075.-

Neu: CHF 341'075.-

Der Rat stimmt mit 18:17 Stimmen dem Antrag zu.

Finanzen und Immobilien (Seite 36 bis 41) Globalbudget Finanzen: Immobilien S. 150/151

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP, teilt mit, dass Adrian Stocker und sie die Abteilung Finanzen am 1. November 2018 besucht hätten. Alle Fragen seien kompetent beantwortet und Unklarheiten erklärt worden. Sie wolle betonen, dass vor allem die Abteilung Finanzen eine riesen Arbeit geleistet habe, um das Budget 2019 mit HRM2 und dem Gemeindezusammenschluss zusammenzustellen. Sie hätten sich grosse Mühe gegeben für die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission möglichst einfach darzustellen, welche Differenzen wegen dem Wechsel zum neuen Rechnungsmodell HRM2 oder wegen dem Gemeindezusammenschluss entstanden seien und hätten sich mehrmals Zeit genommen, ihnen detailliert Sachen zu erklären, die sie genauer wissen wollten. Sie danke Stadtrat Walter Münch und dem Leiter Finanzen, Stefan Müller, und seinen Mitarbeitenden für die ausserordentliche Arbeit und die Zeit, die sie sich für die Beantwortung ihren Fragen genommen hätten.

Der budgetierte Aufwand liege bei CH 6.3 Mio. und sei somit um rund CHF 9.2 Mio. tiefer als im Voranschlag 2018. Das habe vor allem mit dem Wechsel der Verbuchungen auf das neue Rechnungsmodell HRM2 zu tun. Der Gemeindezusammenschluss gelte natürlich auch als einmaliger Zusatzaufwand. So müsse das Finanzvermögen neu bewertet werden, was nicht jährlich vorkomme. Zudem kämen die Jahresabschlüsse der Berggemeinde dazu. Auch würden Stellenprozente bei der Buchhaltung und beim Steueramt erhöht.

Der budgetierte Ertrag erhöhe sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 18.2 Mio. Darin enthalten seien einerseits zusätzliche Steuereinnahmen, aber auch der Kantonsbeitrag von CHF 7.6 Mio., infolge des Gemeindezusammenschlusses. Auch der Ressourcen-Ausgleich habe einen Einfluss. Einerseits hätten sie ab dem 1. Januar 2019 mehr Einwohner und Einwohnerinnen, andererseits müsse mit dem neuen Gemeindegesetz der Betrag für das Bemessungsjahr geschätzt werden. Der Betrag sei jeweils abhängig von der geschätzten Steuerkraft in Wädenswil, der kantonalen Steuerkraft und der Anzahl Einwohner und Einwohnerinnen in Wädenswil und sei somit volatil. Walter Münch sei vorgängig genauer darauf eingegangen.

Zu den Immobilien: Der Aufwand steige gegenüber dem Voranschlag 2018 um rund CHF 1.86 Mio. Das sei eine Erhöhung um rund 19%. Die Gründe seien einerseits der zusätzliche Schulraum, der wegen der wachsenden Anzahl Schüler und Schülerinnen benötigt werde und andererseits der Gemeindezusammenschluss. Mit den neuen Gemeindeflächen steige auch der Aufwand im Unterhalt und der Reinigung. Aus den Gemeinden Schönenberg und Hütten seien vier Hauswarte, eine Reinigungskraft und 20 Stelleprozente für die Verwaltung übernommen worden.

Der Ertrag sei gegenüber dem Vorjahr um rund CHF 1.93 Mio. gestiegen und somit im vergleichbaren Rahmen zum Aufwand. Das, weil der Aufwand für Schulliegenschaften der Primarschule weiter belastet werden konnte.

Allgemein wolle sie nochmals betonen, dass die Abteilung Finanzen und die Dienststelle Immobilien mit dem Gemeindezusammenschluss und der Modelumstellung auf HRM2 in einer grossen Aufgabe stecken würden, die sehr viel Leistung erfordere. Nach dieser Arbeit werde sich die Abteilung mit IT-Aufgaben beschäftigen. Eine Erneuerung der Gemeindesoftware sei dringend notwendig. Ziel sei, dass bis 2020 eine Evaluation abgeschossen sei und auf das Jahr 2023 die Einführung der Software und die Datenmigration erfolgen könnte.

Stadtrat Finanzen Walter Münch wünscht das Wort nicht.

Planen und Bauen (Seite 42 bis 51) Globalbudgets Planen und Bauen: Amtliche Vermessung und Werkleitungen S. 152; Online-Stadtplan S. 153; Strassenwesen inkl. Belagsarbeiten S. 154; Abwasseranlagen S. 155; Öffentlicher Verkehr S. 156; Öffentliche Grünanlagen S. 157; Friedhofbetrieb S.158

Mitglied der GRPK, Cornelia Dätwyler, FDP, führt aus, dass sie zusammen mit Rita Hug die Abteilung Planen und Bauen besucht habe. Sie bedanke sich bei dieser Gelegenheit

ganz herzlich bei Stadtrat Heini Hauser und Rita Newnam für die kompetente Beantwortung der Fragen.

Für die Abteilung Planen und Bauen betrage der budgetierte Aufwand rund CHF 18.3 Mio. bei einem Ertrag von CHF 8.5 Mio., woraus ein budgetierter Nettoaufwand von CHF 9.8 Mio. resultiere. Bei den Bewilligungen/Raumplanung falle auf, dass im Vergleich zum Vorjahr ein um ca. CHF 50'000.- höherer Betrag für Honorare von externen Beratern und Gutachtern einberechnet worden sei. Diese Veränderung sei primär darauf zurückzuführen, dass die Dienststelle Planung, die früher separat aufgelistet worden sei, jetzt ebenfalls unter das gleiche Konto falle. Hütten und Schönenberg hätten bislang die Baubewilligungsarbeiten wie beispielsweise das Vorschreiben baurechtlicher Bewilligungen und das Bausekretariat extern gegeben, was die Gemeinden ungefähr CHF 100'000.- gekostet habe. Nach dem Zusammenschluss sei für Hütten und Schönenberg noch ein Betrag von rund CHF 20'000.- für externe Arbeiten vorgesehen, während der Grossteil der Arbeiten jetzt intern von der Abteilung erledigt werden könne. Es sei nicht vorgesehen, dafür zusätzliches Personal einzustellen. Die im Vergleich zum Vorjahr budgetierte Halbierung der Erträge aus der Rauchgaskontrolle von CHF 90'000.- auf CHF 45'000.- sei damit zu erklären, dass ab dem Winterhalbjahr 2019/2020 diese Kontrollen durch die Werke ausgeführt und demzufolge auch dort verrechnet würden.

Der grosse budgetierte Ertragsposten bei den Bewilligungen/Raumplanung in der Höhe von rund CHF 300'000.- sei auf die zu verbuchenden Eigenleistungen der Abteilung für die Entwicklung der Werkstadt Zürisee zurückzuführen. Bei der Kläranlage sei die Aufwandposition Dienstleistungen Dritter um rund CHF 290'000.- markant höher als im Vorjahr. Das sei darum, weil für die Kläranlage Rietliu bis im Jahr 2025 und für die Kläranlage Schönenberg bis im Jahr 2028 die Betriebsbewilligungen erneuert werden müssten. Für eine erneute Betriebsbewilligung müssten erhöhte Anforderungen wie beispielsweise die Eliminierung von Mikroverunreinigungen erfüllt werden. Um die entsprechenden Entscheidungsgrundlagen dafür und für die Zukunftsplanung der Anlagen zu erarbeiten, sei ein Aufwand von rund CHF 200'000.- vorgesehen. Der restliche Betrag setze sich aus Gebühren für Klärschlamm Entsorgung im Werdhölzli zusammen. Dazu sei noch anzufügen, dass in diesem Bereich eine Gebührenerhöhung für die Klärschlamm Entsorgung von rund 10% stattgefunden habe. Beim Globalkredit für den öffentlichen Verkehr sei neu eine Aufwandposition von CHF 700'000.- ersichtlich. Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Gemeinden ab 2019 eine Einlage in den Bahninfrastrukturfond des Bundes leisten müssten.

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser bedankt sich für den wohlwollenden Bericht und den angenehmen Besuch. Er habe nichts beizufügen. Er habe eine grosse Hoffnung, dass die ganzen CHF 700'000.- bzw. ein grosser Teil davon auf irgendeine Art zurück nach Wädenswil flössen. Dies als Hinweis an die Finanzen.

Werke (Seite 52 bis 59) Globalbudgets Werke: Gasversorgung S. 159/160; Wasserversorgung S. 160/161; Entsorgung und Recycling S. 162/163; Tankstelle und Wärme S. 163 - 166

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP, teilt mit, dass Rita Hug und er sich bei Ernst Brupbacher, Rolf Baumbach und Monika Salzmann für deren Zeit und die detaillierte Beantwortung der 63 Fragen bedanken würden.

Der Gemeindezusammenschluss und der neue HRM2-Kontenrahmen würden einen Vergleich zu Vorjahreswerten äusserst schwierig machen. Trotz FLAG-Zielen seien viele Erläuterungen auf Kontenebene erfolgt. Grundsätzlich seien durch den Gemeindezusammenschluss nicht nur die Aufwände deutlich gestiegen, sondern auch die Erträge. So führe beispielsweise der ansteigende Gaspreis zu höheren Umsatz- und Ertragswerten. Durch HRM2 zusammengefasste bzw. aufgesplittete Konten sowie die veränderten Abschreibungsregeln würden auf den Kontenbeträgen jeweils deutliche Differenzen zu den Vorjahresbeträgen verursacht.

Im Folgenden eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Differenzen, die nicht alleine durch den Gemeindezusammenschluss und HRM2 begründet werden könnten:

- Dienste und Werke (S. 53): Die Lohnsummenerhöhung sei im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass ab 2019 ein zusätzlicher Mitarbeiter (Hüttner Brunnenmeister) auf der Lohnliste der Abteilung Werke stehe. Aufgrund der zahlreich ersetzten Fachmitarbeiter (5 von 32) seien auch die Ausbildungskosten erhöht worden. Der Umbau Werkhof verursache weitere Kosten im Bereich Dienstleistung Dritter und Honorare, die nicht durch die Investitionssumme abgedeckt würden (z.B. Leck Untersuchungen). Die budgetierten CHF 60'000.- auf dem Konto „Dienstleistung Dritter“, würden aber weiterhin gesperrt bleiben gemäss Weisung Gemeinderat. Durch den Gemeindezusammenschluss müssten auch die Informatiksysteme zusammengeführt bzw. erweitert, Programme upgedatet und neue Lizenzen gekauft werden.
- Gasversorgung (S. 54): Die deutlich erhöhten Betriebskosten seien auf den steigenden Gaspreis zurückzuführen. Ausserdem seien für Fachexperten und Dienstleistung Dritter Rezertifizierungskosten sowie Kosten für reglementarische Änderungen zum Netznutzungsmodell budgetiert.
- Wasserversorgung (S. 55): Das Konto „Dienstleistung Dritter“ beinhalte Investitionen ins Gasnetz und die Wasserversorgung, beispielsweise Hausanschlüsse und Leitungen unter 10 m Länge, in Wädenswil und vor allem in Schönenberg und Hütten. Besonders zu erwähnen sei das Konto „Einlagen in Spezialfinanzierung im ELK“, das im Wesentlichen Rückstellungen beinhalte aufgrund der veränderten Abschreibungsregeln und die für zukünftige Investitionen gedacht seien.
- Entsorgung/Recycling (S. 56): Das Konto „Übrige Materialien“ enthalte Hauskehr- und Grüngut-Container, die weiterverrechnet würden. Im Konto „Übrige“ sei das Provisorium während des Umbaus der Hauptsammelstelle budgetiert.
- Wärmeverbund Untermosen (S. 57): Die deutlich erhöhten Betriebskosten seien auf den steigenden Holzschnitzelverbrauch zurückzuführen, verursacht durch den erfolgten Anschluss des Wohnzentrums Fuhr.

- FLAG-Ziele (S.159/161): Insbesondere das FLAG-Ziel „finanziell gesunder Betrieb“ sei genauer spezifiziert worden. Das Spezialfinanzierungskonto solle die Höhe von 75 bis 100% des Jahresumsatzes erreichen. Damit sollten Einkaufspreisschwankungsrisiken, Wetterrisiken, aber auch Infrastrukturrisiken der Gemeinden Hütten und Schönenberg abgedeckt werden.

Abschliessend solle erwähnt werden, dass der Gaspreis in Wädenswil sehr attraktiv sei, die Marktbedingungen sich aber stark verändern würden. Die Einführung eines Gasversorgungsgesetzes sowie die verstärkte Belastung des Energieträgers Gas im Rahmen der Energiestrategie 2050 würden laufend durch weitere Abgaben belastet. Die Energiemarktliberalisierung erhöhe die Wettbewerbsintensität und übe Druck auf die entsprechenden Margen aus.

Stadtrat Werke Ernst Brupbacher dankt für den Bericht. Er habe heute zweimal gehört, dass der Gaspreis steige, das wolle er richtig stellen. Der Verkauf respektive der Einkaufspreis steige auf der Aufwandseite. Sie würden es auch teurer verkaufen. Dort sei der Preis auch höher. Sie hätten einen grösseren Aufwand, aber auch einen grösseren Ertrag.

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP, meint, dass er es so gesagt habe.

Stadtrat Werke Ernst Brupbacher verneint, er habe gut aufgepasst.

*** 10 Minuten Pause ***

Sicherheit und Gesundheit (Seite 60 bis 71) Globalbudgets Sicherheit und Gesundheit: Stadtpolizei S. 166/167; Bäder S. 168/169

Mitglied der GRPK, Lukas Wiederkehr, CVP, teilt mit, dass er zusammen mit Angelo Minutella die Abteilung Sicherheit und Gesundheit besuchen durfte. Die Fragen seien wie immer gut beantwortet worden. Viele Dank an die Abteilung.

Mit der neuen Rechnungslegung seien die Kontengruppen Sicherheit und Gesundheit neu in einer Institution gegliedert worden. Wobei die Abteilung Gesundheit mit über 85% vom Nettoaufwand die grössere Komponente darstelle. Der Mehraufwand gegenüber dem Voranschlag 2018 von CHF 3.6 Mio. sei hauptsächlich auf die Feuerwehr CHF 0.52 Mio. und Beiträge für Krankenpflege CHF 2.8 Mio. zurückzuführen. Bei der Feuerwehr sei es die Vorgabe der Gebäudeversicherung Zürich, dass im Ereignisfall die Feuerwehr innert 10 Minuten vor Ort sein müsse. Darum würden alle drei Depots bestehen bleiben. Beim Beitrag für die Krankenpflege sei die Basis für das Budget die Hochrechnung per Ende Mai 2018 sowie eine angenommene Kostensteigerungen von 10%. Aus den Details sei ersichtlich, dass kein überproportionaler Anstieg in der Anzahl zu pflegender Personen erkennbar sei, aber eine Verschiebung in höhere und somit teurere Pflegestufen. Ihm mache es Sorgen wenn in Zukunft auch noch die Zahl der zu pflegenden Personen wegen der demographischen Entwick-

lung ansteige und damit die Kosten noch erheblicher würden. Darum gelte es, ein Auge darauf zu halten und sich zu überlegen, wie vorausschauend die Kosten im Griff gehalten werden könnten.

Bei den Investitionen seien die dritte Renovationsetappe des Hallenbads sowie eine Rutschbahn mit insgesamt CHF 2.1 Mio. geplant. Weiter seien Investitionen in eine Photovoltaik-Anlage auf dem Strandbaddach von CHF 110'000.- vorgesehen. Eine grössere Investition gebe es bei der Brettlibadi, nämlich CHF 1.1 Mio. für die Sanierung der Bodenplatten. Die Verwaltung sei auf eine eventuelle Schiefelage aufmerksam geworden, worauf eine Untersuchung bei einem Ingenieurbüro in Auftrag gegeben worden sei. Es sei zwingend eine Sanierung nötig wegen den Korrosionsschäden an den Stahlbetonbodenplatten.

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Jonas Erni wünscht das Wort nicht.

Schule und Jugend (Seite 72 bis 80) Globalbudget Schule und Jugend: Freizeitanlage
S. 169 - 171

Mitglied der GRPK, Rita Hug, Grüne, führt aus, dass Au, Hütten, Schönenberg und Wädenswil schon fast als vierblättriges Kleeblatt bezeichnet werden könnten. Jeder Teil oder jedes Blatt habe seine Eigenheiten, zusammen gäben sie ein schönes Ganzes. Dieses Kleeblatt werde der Stadt ab dem neuen Jahr auch einen Kindersegen bescheren. So kämen mit dem Gemeindegemeinschaftszusammenschluss neu 59 Kindergärtner, 149 Primarschüler und -schülerinnen dazu, aber auch von Wädenswil und der Au selber hätten sie 12 Kinder mehr in der Primarschule. Total würden sie mit 1'888 Kindern rechnen, die neu der Primarschule Wädenswil ab dem nächsten Jahr angehören würden, aktuell jetzt im Dezember seien es 1'670 Kinder.

Am 2. November 2018 hätten Cornelia Dätwyler und sie sich davon überzeugen können, wie gut die Abteilung Schule und Jugend den Zusammenschluss vorbereitet habe, wie viel überlegt worden sei und was für voraussehende Entscheidungen getroffen worden seien. Sie bedanke sich ganz herzlich bei Stadträtin Alexia Bischof, Eva Soland und Patrick Weil für die Beantwortung der vielen Fragen zu den laufenden Geschäften aber auch zu der Eingemeindung der neuen Schuleinheiten.

Es sei eine grosse Herausforderung für die Abteilung Schule gewesen, die Schuleinheiten zu einem Ganzen zusammenzubringen. Es heisse für sie mehr Lehrpersonen, mehr Schulsozialarbeitende und Heilpädagogen, die im Personalpool des Schulsekretariats seien. Mit mehr Kindern steige natürlich auch der Betreuungsaufwand. Aber sowieso steige dieser jährlich, aktuell hätten sie einen sehr grossen Anstieg in der Au. Das verwundere natürlich nicht, sei die Bautätigkeit in der Au nach wie vor unglaublich gross. Über den Mittag seien das dann auch immer mehr hungrige Mäuler, die gerne etwas Feines zu Essen hätten. Die Stiftung Bühl liefere schon seit 10 Jahren die Mahlzeiten für den Mittagstisch. Die Küche, ursprünglich angelegt für 300 Mahlzeiten, müsse heute über 600 Mahlzeiten bewältigen können. Es stelle sich die Frage, ob das noch optimal sei. Wenn wieder einmal etwas mehr Luft für neue Projekte da sei, müsse überlegt werden, ob diese Mahlzeitenlieferungen noch zeitgemäss seien.

Immer jünger, immer kleiner, mit Windeln, unreif und unselbständig, so müssten heute immer kleinere Kinder in den Kindergarten eintreten, oftmals schlichtweg zu klein. Das sei wirklich nicht ideal, weder für die Kinder noch die Kindergartenlehrpersonen. Es sei wirklich sehr fraglich. Es zeige sich je länger je mehr eine Überforderung aller Beteiligten, was eigentlich sehr schade sei. Die neue Regelung der früheren Einschulung sei fragwürdig, da sie einerseits die Kindergartenlehrpersonen an ihre Grenzen bringe, mehr Betreuungsaufwand fordere und einfach nicht mehr so spassig für die Kinder sei. Eine weitere, neue Regelung und auch Herausforderung sei die integrative Schule, die alle Kinder, auch mit besonderen Bedürfnissen, in die Schulstube aufnehmen müsse. Eine Lehrperson für eine Schulklasse sei mit diesen neuen Vorschriften kaum mehr möglich. Mit von der Partie seien immer mehr Schulassistenten, Heilpädagogen, Logopäden usw. Eine Lehrperson müsse oftmals bis zu vier verschiedene Niveaus vorbereiten und ein Team von zusätzlichen Spezialisten führen. Etwas Positives könne diesem neuen Schulsystem trotzdem abgewonnen werden, die Kinder würden schon früh Toleranz gegenüber anderen Kindern lernen, die vielleicht etwas Spezieller seien.

Die Erneuerung der Gemeindesoftware stehe an. Auch für die Abteilung Schule und Jugend sei das bitter nötig. So sei es mit der aktuellen Lohnbuchhaltungs-Software nicht möglich, auf einfache Art und Weise eine gescheite Auswertung mit Kennzahlen zu machen. Wenn sie also die Vollzeiteinheiten von Teilzeitmitarbeitenden wie zum Beispiel der Aufgabenhilfe wissen wollten, müsse das „händisch“ mit einer Excel-Liste ausgewertet werden. So etwas sei ein absoluter Ressourcen-Killer, der möglichst bald behoben werden müsse. Dass das ganze IT-System marode sei, hätten die Lehrer und Lehrerinnen am Anfang des Schuljahrs hautnah erlebt. So sei das IT-System über mehrere Wochen ausgefallen und es sei kein Zugriff auf die Daten möglich gewesen. Eine Situation, wie sie nicht vorkommen dürfe.

Neuigkeiten gebe es von der Freizeitanlage. Dieser einmalige Ort der Begegnung und des Freizeitvergnügens werde neu zur Dienststelle Soziokultur. Das Pilotprojekt starte am 1. Januar 2019 und werde zwei Jahre dauern. Die Freizeitanlage sei ein riesiger Gewinn für Wädenswil. Damit das so bleibe, sei es dringend nötig, dass sie sich neu ausrichte. In einem dreijährigen Prozess hätten sich die aktuellen städtischen Dienstleistungen im Bereich Freizeit, Jugend, Soziales und Sicherheit Gedanken gemacht. Dass viel mehr aus dieser einmaligen Anlage gemacht werden könne, davon sei sie überzeugt. Das Kursangebot müsse überdacht werden, die Nutzung könne sicher erweitert werden. Die Freizeitanlage solle sich noch mehr öffnen, auch für ältere Menschen, Vorschulkinder oder auch für bedürftige Menschen. Klar sei, dass die Kurse im Moment so weiterlaufen würden wie bis anhin. Die Kurse seien gebucht, die Kursleiter hätten Verträge, die nicht von einem Tag auf den anderen kündbar seien. Sie sei aber sicher, dass im Hintergrund bereits fleissig an einem neuen Konzept gearbeitet werde. Sie sei schon sehr gespannt, mit was für Vorschlägen der neue Leiter Soziokultur komme. Neuer Elan, neue Ideen, neues Engagement. Genau das brauche die Freizeitanlage.

Sie schliesse gerne mit einem grossen Dank an alle Beteiligten der Abteilung Schule und Jugend. Sie spüre das grosse Engagement, den grossen Einsatz und das sehr grosse Herzblut für die Kinder.

Antrag der GRPK

Grossmehrheitlich beantragt die GRPK, die FLAG-Ziele für die Freizeitanlage anzupassen und die Indikatoren entsprechend auszuweisen:

	Ziele	Indikatoren / Standards
Budget 2019	- Kursangebot für Kinder, Jugendliche und Erwachsene	- Für Kinder und Jugendliche: Ausschreibung von mind. 60 Angeboten - Für Erwachsene: Ausschreibung von mind. 100 Angeboten
neu	- Kursangebot für Kinder, Jugendliche und Erwachsene	- Für Kinder und Jugendliche: Durchführung von mind. 40 attraktiven und gut besuchten (Mindestteilnehmerzahl) Kursen, deren variablen Kosten zwingend gedeckt sind. - Für Erwachsene: Durchführung von mind. 60 attraktiven und gut besuchten (Mindestteilnehmerzahl) Kursen, deren variablen Kosten zwingend gedeckt sind.

Mitglied der GRPK, Cornelia Dätwyler, FDP, führt, bevor sie sich zum Änderungsvorschlag der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die FLAG-Ziele der Freizeitanlage äussere aus, dass sie sich als Nutzerin der Freizeitanlage - sie mache dort in der Vorweihnachtszeit immer wieder mal einen Kurs und habe dieses Jahr beim Kerzenziehen mitgeholfen - sehr über das vom Stadtrat kürzlich angekündigte Pilotprojekt „Dienststelle Soziokultur“ freue. Wie sie informiert worden seien, werde die Dienststelle Jugend mit der Freizeitanlage zusammengelegt, um Synergien zu nutzen und um mit dem Angebot der Freizeitanlage eine grössere Wirkung zu erzielen. Man könne sich jetzt fragen, warum jetzt noch die FLAG-Ziele für die Freizeitanlage geändert werden sollten, wenn doch ein Pilotprojekt nächstes Jahr gestartet werde. Sie sei überzeugt, dass mit dieser vorgeschlagenen Änderung das Pilotprojekt nicht behindert werde, sondern im Gegenteil, die Freizeitanlage einerseits von einer unnötigen Auflage befreit und andererseits ein Anstoss gegeben werde, dass das Angebot der Freizeitanlage einer breiteren Bevölkerungsschicht zugutkomme, was ja auch ein erklärtes Ziel des Pilotprojekts sei. So heisse es in der Medienmitteilung zur neuen Dienststelle Soziokultur, dass sich die Leistungen und Angebote an die gesamte Bevölkerung von Wädenswil richten würden.

Zur Bestimmung der FLAG-Ziele konkret gehe es um das Kursangebot der Freizeitanlage für Erwachsene und Kinder. In den bisherigen, aktuellen Formulierungen sei dazu vorgesehen, dass für Kinder und Jugendliche mindestens 60 Kursangebote und für Erwachsene mindestens 100 Kursangebote auszuschreiben seien. Der Freizeitanlage werde also einfach eine Mindestmenge an Kursausschreibungen vorgeschrieben. Das sei aber nicht sinnvoll. Erstens - ganz überspitzt gesagt - sie wolle niemandem etwas unterstellen. Das FLAG-Ziel

könnte einfach erreicht werden, wenn die Kursliste mit den ausgeschriebenen 60 bzw. 100 Kursen vom letzten Jahr alljährlich aus der Schublade gezogen und wieder verwendet würde. Darüber, ob diese Kurse bei der Bevölkerung Anklang fänden, gut besucht oder auf Desinteresse stossen würden, sage die Vorgabe einer Mindestausschreibung nichts aus. Aussagekräftig sei aber ein Indikator, der vorgebe, wie viele Kurse mindestens durchgeführt werden müssten. Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission schlage daher grossmehrheitlich vor, die Durchführung von mindestens 40 Kursen für Kinder und von mindestens 60 Kursen für Erwachsene zu verlangen. Diese Kurse müssten aber auch attraktiv sein, das heisse bei vielen Leuten Interesse und Lust zu wecken, daran teilzunehmen. Darum solle ein Kurs nur dann durchgeführt werden dürfen, wenn es mindestens Kursteilnehmer in der Höhe der Mindestteilnehmeranzahl gebe und damit auch die variablen Kosten eines Kurses gedeckt seien. Die variablen Kosten eines Kurses bestünden vielfach hauptsächlich aus dem Entgelt für den Kursleiter. Das Material werde ja von den Kursteilnehmenden selber - je nach Verbrauch - separat bezahlt. Die Forderung nach der Deckung der variablen Kosten sei sehr bescheiden und da bestünde auch Potenzial dazu, dass auch ein Teil der fixen Kosten gedeckt werden könnte. Mit der Änderung der FLAG-Ziele beabsichtige die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission einerseits die Freizeitanlage von einer Vorgabe zu befreien, die wenig bis gar keinen Sinn mache. Andererseits solle durch den vorgeschlagenen Indikator sichergestellt werden, dass ein attraktives Kursangebot bestehe, dass bei vielen Leuten Interesse wecke. Zu diesem Punkt habe sie noch eine letzte Bemerkung: Ein attraktives Kursangebot bestehe nicht zwingend daraus, dass es besonders vielfältig sei. Es könne gut sein, dass einzelne Kurse bei den Leuten auf enormes Interesse stossen würden, weil sie momentan im Trend lägen. Auch ein solcher Trend dürfe und solle von der Freizeitanlage durchaus ausgenützt werden.

In diesem Sinn beantrage die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission daher grossmehrheitlich die FLAG-Ziele für die Freizeitanlage anzupassen und die Indikatoren entsprechend zu ändern.

Mitglied der GRPK, Rita Hug, Grüne, teilt mit, dass ab dem 1. Januar 2019 eine komplett neue Ausrichtung der Freizeitanlage in Zusammenarbeit mit der Jugendarbeit beginne. Die neue Abteilung Soziokultur organisiere und richte sich jetzt neu aus. Die Kurse, die bereits im Januar bzw. anfangs Jahr im Programm der Freizeitanlage seien, würden durchgeführt, da es bereits Buchungen gebe und Verträge mit Kursleitenden bestünden. Diese könnten nicht einfach so kurzfristig abgesagt werden. Gleichzeitig würden die Vorbereitungen für die neue Dienststelle laufen, die bald starten werde. Eine Arbeitsgruppe habe sich während drei Jahren Gedanken gemacht, wie sie neuen Schwung in die Freizeitanlage bringen könne. Eine Änderung der FLAG-Ziele zum jetzigen Zeitpunkt mache überhaupt keinen Sinn und verursache nur unnötigen Aufwand. Wirklich stossend sei, dass diese FLAG-Ziele geändert werden sollen, ohne dass mit den zuständigen Abteilungsleitern, Stadträten oder den Personen, die jeden Tag in der Freizeitanlage arbeiten würden, überhaupt gesprochen worden sei. Politiker würden also Politik von ihrem Kämmerlein aus machen, ohne die direkt Betroffenen miteinzubeziehen. Diese Art der Personalführung oder viel eher Personalbevormundung sei wirklich nicht mehr zeitgemäss. Sie interessiere noch, wie die Freizeitanlage in Zukunft aussehe. Sie würde gerne wissen, was genau die neue Dienststelle vorhabe und sie interessiere sich für die Pläne und Ideen. Das wolle sie gerne aus erster Hand erfahren und

dafür würde sie gerne den neuen Leiter Soziokultur in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission einladen, damit sie hören könnten, was genau der Plan sei. Sie wolle in die Zukunft schauen und diese mitgestalten.

Die Gemeinderatspräsidentin habe an der letzten Sitzung eindrücklich erklärt, dass die Gemeinderäte nicht dazu da seien, um die Verwaltung zu beschäftigen. Genau das mache dieser Vorstoss aber. Dieser Antrag für die Veränderung der FLAG-Ziele sei schon veraltet, wenn sie heute Abend den Gemeinderatssaal verlassen würden.

Darum bitte sie, diese Änderungen abzulehnen und dem neuen Leiter Soziokultur die Chance zu geben, sich neu auszurichten und ihnen im Laufe des nächsten Jahrs seine Pläne vorzustellen.

Mitglieder der GRPK, Christian Gross, SP, sagt, dass die Freizeitanlage für ihn ein Stück Kindheit sei. Insbesondere in der Weihnachtszeit sei er zusammen mit seiner Mutter und den Geschwistern am Nachmittag jeweils Kerzenziehen gegangen. Sein Vater habe häufig an den Wochenenden Glaskugeln geblasen und diese würden bis heute am Weihnachtsbaum hängen. Kindheitserinnerungen seien ja irgendwie schön, aber sie sollten auch mal darüber hinausgehen. Er habe nachgeschaut, was für Kurse auf der Homepage der Freizeitanlage zurzeit ausgeschrieben seien. Für Erwachsene seien momentan 37 Kurse einsehbar. Zur Hälfte sei das Glas- und Holzbearbeitung. Alleine 6 seien Holzdrechselkurse, das seien 16% des kompletten Angebots. Natürlich habe der nichts gegen Glasblaserei oder Holzdrechslerei, aber er frage sich schon, ob es nicht einmal etwas Neues geben könnte. So wie der Megahit „now pay cooking“. Vielleicht könnte zu diesem Thema etwas angeboten werden. Wenn das momentane FLAG-Ziel angeschaut werde, dass nur auf der Ausschreibung von möglichst vielen Kursen beruhe und nichts dazu sage, ob die Kurse auch besucht würden, erstaune das wahnsinnig. Die Nutzung sei entscheidend. Da stimme er vollkommen mit Cornelia Dätwyler überein.

Trotzdem stelle sich die SP gegen den vorliegenden Antrag. Die Ziele sollen ihrer Meinung nach ambitioniert, aber erreichbar sein. Die Freizeitanlage solle gut genutzt und ausgelastet sein. Das mache kulturpolitisch Sinn. Sie alle würden ja wollen, dass Wädenswil mehr als eine Schlafstadt sei und wirklich lebe. Auch aus ökonomischen Überlegungen mache es Sinn. Maschinen, Räume etc. würden sowieso anfallen. Je mehr Kurse stattfänden, desto effizienter sei es. Steigende Kurszahlen seien also durchaus positiv. Aufgrund der Rechnungszahlen 2016/2017 würden 650 Kurse und ähnliche Angebote pro Jahr durchgeführt. Er habe vorher erwähnt, dass die Ziele ambitioniert und erreichbar sein müssten. Das bisherige Ziel laute, dass 160 Kurse auszuschreiben seien. Also viermal weniger, als man eh schon erreiche. Der Antrag wolle nun, dass nur noch 100 Kurse ausgeschrieben würden. Das sei doch kein sinnvolles Ziel. Ein sinnvolles Ziel könne sein, dass sich die Freizeitanlage weiterentwickle, mehr mache und nicht weniger. Die bisherige Formulierung des Ziels sei ihrer Meinung nach suboptimal und mache wirklich keinen Sinn. Aber etwas mehr Ambitionen bei der Festlegung von Zielen wären schon schön. Darum seien sie gegen den Antrag.

Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP, teilt mit, dass es richtig sei, den Antrag jetzt zu bringen und in die Budgetdiskussion einfließen zu lassen, auch wenn gewisse Kurse bereits ausgeschrieben seien und es mit der Neuausrichtung vielleicht nicht passe. Aber die Ziele sollten auch eine Leitplanke sein. Auch mit dem neuen Konzept, damit sie wüssten, in welche Richtung die Politik gehen wolle. Es sei ja nicht in Stein gemeisselt, dass es nur total 100 Kurse sein dürften. Von ihr aus dürften es auch 500 sein, dies zur Präzision.

Stadträtin Schule und Jugend Alexia Bischof sagt, dass leider der errechnete Geburts-termin der neuen Dienststelle Soziokultur nicht eingehalten werden können. Die Vorbereitungszeit habe länger gedauert, nämlich drei Jahre. Das Budget und die FLAG-Ziele seien bereits durch gewesen. Weil sie nun die Chance bekämen, das Pilotprojekt zu realisieren und die ganze Sache neu auszurichten, bäten sie den Gemeinderat, sie zuerst einmal arbeiten zu lassen, so wäre es unglücklich, jetzt alles zu ändern, da es auf 2019/2020 sowieso Anpassungen gebe. Dass es dann neue FLAG-Ziele gebe, liege auf der Hand. In diesem Sinne bitte sie, die bisherigen Ziele stehen zu lassen damit sie sich auf das Neue konzentrieren könnten. Sie danke Rita Hug und allen, die sie verstünden.

Urs Hauser, EVP, führt aus, dass die Freizeitanlage fester Bestandteil des Gesellschaftslebens in Wädenswil, also Teil der Soziokultur sei. Im Freizeitbereich der Stadt Wädenswil biete sie vor allem im handwerklich gestalterischen Bereich Angebote an, die alle, ob jung oder alt, ansprechen würden. Die Freizeitanlage sei aber auch ein wichtiger Begegnungsort. Wädenswil werde um dieses öffentliche Angebot beneidet. Den Verantwortlichen, und vor allem auch denjenigen der Freizeitanlage, sei klar, dass das Angebot immer wieder überprüft und falls nötig neu ausgerichtet werden müsse. Die bisherigen, wie auch die beantragten Änderungen der FLAG-Ziele und vor allem deren Indikatoren gäben dabei inhaltlich beschränkt Unterstützung, darum könnten sie nicht gross neuen Schwung und Innovation in die Freizeitanlage bringen. Das hätten die Erfinder des Antrages gewollt und begründeten diesen auch damit. Gleichzeitig hätten sie das Globalbudget um rund CHF 60'000.- kürzen wollen, was die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission zum Glück nicht unterstützt habe. Vor vier Jahren sei der Freizeitanlage in einer Nacht- und Nebelaktion das Budget um CHF 100'000.- gekürzt worden. Ob das eine Innovationsspritze gewesen sei oder ob diese Kürzung die richtige Medizin gewesen sei, sei fraglich. Innovation in der Freizeitanlage brauche nicht Sparinstrumente sondern inhaltliche Auseinandersetzung, habe als Grundlage fassbare Ziele und Indikatoren, die direkt mit der soziokulturellen Entwicklung der Stadt zu tun hätten. Der Ansatz, der mit der Dienststelle Soziokultur geschaffen werde, gefalle ihm. Da spüre er den Willen zur Innovation, da sei Kreativität vorhanden.

Der Antrag auf Anpassung der FLAG-Ziele sei aus Sicht der EVP abzulehnen. Stattdessen würden sie sich für Ressourcen für das Projekt Soziokultur einsetzen, damit sie in einem Jahr über passende FLAG-Ziele abstimmen könnten.

Abstimmung über den Antrag der GRPK

Die FLAG-Ziele für die Freizeitanlage sind anzupassen und die Indikatoren entsprechend auszuweisen:

	Ziele	Indikatoren / Standards
Budget 2019	- Kursangebot für Kinder, Jugendliche und Erwachsene	- Für Kinder und Jugendliche: Ausschreibung von mind. 60 Angeboten - Für Erwachsene: Ausschreibung von mind. 100 Angeboten
neu	- Kursangebot für Kinder, Jugendliche und Erwachsene	- Für Kinder und Jugendliche: Durchführung von mind. 40 attraktiven und gut besuchten (Mindestteilnehmerzahl) Kursen, deren variablen Kosten zwingend gedeckt sind. - Für Erwachsene: Durchführung von mind. 60 attraktiven und gut besuchten (Mindestteilnehmerzahl) Kursen, deren variablen Kosten zwingend gedeckt sind.

Der Rat lehnt mit 18:17 Stimmen die Änderung der FLAG Indikatoren ab.

Soziales und Frohmatt (Seite 81 bis 90) Globalbudgets Soziales: Soziale Dienste S. 171/172; Asylkoordination S. 173/174; Alterszentrum Frohmatt S. 174 - 177

GRPK-Mitglied, Adrian Stocker, SVP, führt aus, dass er zusammen mit Judith Fürst die Abteilung Soziales besucht habe. Er danke Stadträtin Astrid Furrer und Markus Morger für die kompetente Beantwortung der Fragen. Sie hätten einen guten Eindruck gehabt. Die Abteilung werde kompetent geführt und auch das Kostenbewusstsein sei vorhanden, obwohl es um riesige Beträge gehe. Der Nettoaufwand der Abteilung steige auch nächstes Jahr wieder. Ein Teil sei sicher auch der Eingemeindung zuzuschreiben, aber auch mit dem weiter steigenden Wachstum der Sozialausgaben. Die Kosten in den Sozialversicherungen seien von CHF 9.6 Mio. auf CHF 11.0 Mio. gestiegen. Es werde mit einem alljährlichen Fall- und Kostenwachstum von 5% gerechnet. Das sei bereits seit mehreren Jahren so und das gebe eine Nettoaufwandsteigerung von jährlich CHF 1.2 Mio., ohne dass irgendetwas anders gemacht werde. Bei solchen Beträgen müsse überlegt werden, wie diese irgendwie in den Griff zu bekommen seien. Da seien die Wirtschaft und alle Leute gefragt, damit die Personen wieder irgendwie integriert werden könnten. Ein Jugendlicher, sei es ein Schweizer oder einer mit Migrationshintergrund, der sein Leben lang nicht in die Wirtschaft integriert werden könne und keine Stelle finde, und somit das ganze Leben lang von Sozialhilfe abhängig sei, koste ungefähr CHF 1.0 Mio. Es lohne sich, einige Arbeit zu investieren, um diese Leute irgendwie in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Zuzüglich würden die Kosten der Eigemeindung um den Faktor des Bevölkerungswachstums erhöht. In der Siedlung Hangenmoos, die bald abgebrochen werde, seien fast alle Wohnungen leer geräumt und dank guter Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Soziales und der Hangenmoos AG hätten für alle Mieter angemessene Ersatzwohnungen gefunden

werden können. Das sei sehr erfreulich und nicht selbstverständlich, seien im Hangenmoss doch die Wohnungsmieten eher tief gewesen.

Er komme nun zum Alterszentrum Frohmatt. Auch da sei er zusammen mit Judith Fürst unterwegs gewesen. Er danke Stadträtin Astrid Furrer, Cristian Rentsch und Fabian Risler für die kompetenten Ausführungen und die Beantwortung der Fragen. Die markanteste Veränderung beim Alterszentrum Frohmatt sei sicher, dass das Altersheim Stollenweid in Schönenberg per 1. Januar 2019 als viertes Haus zur Frohmatt gehöre und in den Betrieb integriert werde. Cristian Rentsch sei bereits seit Mitte 2018 Geschäftsführer ad interim in der Stollenweid. Dadurch sei die Frohmatt eine der Abteilungen, die bei der Fusion am Weitesten sei, da sie bereits aktiv eingreifen habe können. Im laufenden Jahr würden verschiedene Anpassungen und Änderungen vorgenommen, so dass das Ergebnis des Budgets 2019 gegenüber dem Voranschlag 2018 um rund CHF 1.6 Mio. besser ausfalle. Ein direkter Vergleich mit 2018 sei aber nicht möglich, da im Budget 2019 neu der Standort Stollenweid mit-enthalten sei. Von der Stollenweid komme immerhin ein Gewinn von CHF 700'000.- dazu. Der Nettoertrag der Frohmatt belaufe sich weiterhin auf CHF 1.2 Mio. Das entspreche in etwa dem Voranschlag 2018.

Zu den Investitionen: Im Haus Berg, dem ältesten Teil der Frohmatt, müssten die Nasszellen sowie die Schwellen zu den Balkonen dringend behindertengerecht angepasst werden. Das sei einerseits nach Vorschriften so und andererseits sei es für das Personal, das die Personen betreue, sicher viel einfacher. Die Klienten bzw. die Bewohnenden seien heute nicht mehr die gleichen wie vor 30 Jahren, als das Gebäude gebaut worden sei. Die Investitionen sollen gestaffelt über drei Jahre erfolgen. Die Zimmer könnten teilweise trotzdem weitervermietet und in den Zimmern könnten auch Personen mit einem höheren Pflegebedarf untergebracht werden. Nächstens werde ein Musterzimmer angefertigt, um die Zweckmässigkeit der geplanten Sanierung zu prüfen. Das finde er sehr gut. Es mache nämlich keinen Sinn, wenn 55 Zimmer saniert würden und erst danach festgestellt werde, dass ein „Seich“ gemacht worden sei. Mit dem Kostenvoranschlag von CHF 40'000.- pro Zimmer gebe es doch einen ordentlichen Betrag, nämlich ca. CHF 2.2 Mio. Im nächsten Jahr werde dem Gemeinderat eine entsprechende Weisung vorgelegt. Zu erwähnen sei noch, dass Curaviva des Kantons Zürich das Alterszentrum Frohmatt, gestützt auf das Ergebnis des Audits vom 19. September 2018, das Qualitätszertifikat ausgestellt habe, was sehr erfreulich sei.

Stadträtin Soziales Astrid Furrer dankt für das Interesse, vor allem denjenigen die die Abteilung besucht hätten.

Investitionsrechnung (Seite 135 bis 143) und ordentliche Abschreibungen (Seite 147/148)

Mitglied der GRPK, Martin Schlatter, EVP, teilt mit, dass beim Verwaltungsvermögen im Budget 2019 insgesamt CHF 32.2 Mio. an Ausgaben und Einnahmen von CHF 2.3 Mio. budgetiert seien. Daraus würden Nettoinvestitionen von CHF 29.9 Mio. resultieren. Bei den Investitionen in das Verwaltungsvermögen liege der Fokus auf Infrastrukturprojekten wie Schulbauten, Wasser- und Abwasseranlagen, der Hauptsammelstelle Winterberg sowie dem Hallenbad. Damit halte die Hochinvestitionsphase nach wie vor an.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen hätten im Voranschlag 2018 noch CHF 11.8 Mio. betragen, im Budget 2019 seien es nur noch CHF 7.6 Mio. Aufgrund des neuen Rechnungsmodells HRM2 werde das Verwaltungsvermögen neu linear und nicht mehr degressiv abgeschrieben. Das hätten sie bereits ein paar Mal gehört. Dadurch würden 2019 die Abschreibungen und Wertberichtigungen rund CHF 4.2 Mio. tiefer ausfallen.

Zu den Investitionen im Finanzvermögen: Dank der erfreulichen Entwicklung des Gewerbeparks Werkstadt Zürisee flössen der Stadt im Jahr 2019 ca. CHF 13.9 Mio. Verkaufserlös zu. Zusammen mit Investitionen von CHF 0.8 Mio. in das Finanzvermögen ergäben sich Nettoinvestitionen von minus CHF 13.1 Mio. Im Verwaltungs- und Finanzvermögen würden sich gesamthaft Nettoinvestitionen von CHF 16.8 Mio. ergeben.

Seitenweises Durchgehen der Investitionsrechnung

Zu Seite 137, Sicherheit und Gesundheit

Ivo Peyer, BFPW, teilt mit, dass es ihm um das Konto der Brettlibadi gehe, nämlich die gebundenen Ausgaben von CHF 1.1 Mio. Nach verschiedenem Schriftverkehr sei die BFPW/EDU-Fraktion nun überzogen, dass es sich dabei um gebundene Ausgaben handle. Sie würden sich einzig daran stören, dass gebundene Ausgaben keinem Betragslimit unterstellt seien und somit in der Kompetenz des Stadtrats lägen. Dies wäre auch der Fall, wenn die Kosten bei CHF 5.0 Mio. oder mehr lägen. Er finde das gefährlich, wenn bei anderen Geschäften ab einem Betrag x eine Weisung erstellt werden müsse und bei gebundenen Ausgaben, die beispielsweise CHF 5.0 Mio. betragen, der Stadtrat in Eigenregie entscheiden könne. Das sei ihr Hinweis zu diesem Konto.

Antrag der GRPK

Strandbad, PV-Anlage auf dem Dach (Konto Nr. 10.0663.5040.081)

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Die Investitionsrechnung wird um CHF 110'000.- gekürzt und auf die PV-Anlage verzichtet.

Alt: CHF 110'000.-

Neu: CHF 0

Mitglied der GRPK, Adrian Stocker, SVP, führt aus, dass sie von der SVP der Meinung seien, dass die PV-Anlage auf dem Dach des Strandbads Rietliu aus dem Budget zu streichen sei. Folgende Gründe hätten sie: Dieses Jahr sei eine Solarthermieanlage mit Warmwasserproduktion auf dem Gebäude des Strandbads installiert worden. Das fänden sie sehr gut. Wenn dort geduscht werde, schönes Wetter herrsche und man baden könne, sei das eine optimale Nutzung der Energie. Zu erwähnen sei aber, dass durch diese Anlage der Tarif für die Saisonkarte massiv erhöht worden sei. Ansonsten hätten sie keinen grösseren Stromverbrauch im Strandbad. Es gebe ein Restaurant, aber sonst nichts Spezielles, das viel Strom benötige. Weiter werde während 2/3 des Jahres das Strandbad nicht benützt und

deshalb brauche es keinen Strom. Er wisse nicht, was mit diesem Strom gemacht werde. Er hoffe, die Zuleitung genüge, um den Strom einzuspeisen oder in ein anderes Netz zu speisen damit keine neue gebaut werden müsse. Statt einer PV-Anlage hätten wenn schon eine thermische Anlage gebaut werden sollen. Mit dieser hätte der vorrätige Strom für die Produktion von warmem Wasser genutzt werden können und so hätte das warme Wasser als Speicher wie eine Batterie genutzt werden können. Weiter seien sie der Meinung, dass es im Strandbad keine PV-Anlage brauche, um den Gebäudestandard einzuhalten. Die Stromproduktion sei keine Kernaufgabe der Stadt und mit solchen Investitionen werde nur die Verschuldung unnötig erhöht, andere Projekte gefährdet und auch eine Erhöhung des Steuerfusses könnte dies nach sich ziehen. Weiter sei das Dach des Strandbads schon sehr alt, um eine PV-Anlage zu installieren. Mit einer Nutzungsdauer von mehr als 30 Jahren sei es gut möglich, dass die Anlage abgebaut werden müsse, um das Dach zu sanieren oder zu erneuern.

Sie von der SVP seien nicht grundsätzlich gegen PV-Anlagen. Sie seien aber der Meinung, dass es in Wädenswil geeignetere Standorte gebe, um in eine PV-Anlage zu investieren. Die knappen finanziellen Mittel seien so effizient wie möglich einzusetzen, um den Stromverbrauch zu verringern und die Produktion von grünem Strom zu fördern. Darum hoffe er auf die Annahme ihres Antrags.

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP, hofft, dass, sie sich noch an den Besuch anfangs Jahr in der Umweltarena und den durchgeführten Wettbewerb erinnern würden. Entgegen allen Unkenrufen seien und würden PV-Anlagen eine sehr rentable Investition mit Renditen um die 5%. Somit sei es auch eine sehr gute Anlage für die Stadt Wädenswil. Das EKZ müsse den Strom abnehmen. Die Abschreibungsdauer liege bei 11 Jahren und die Lebensdauer betrage mindestens 25 Jahre. Er brauche sich auch nicht über die Ökologie von PV-Anlagen zu äussern, sie vergifte, verpeste und verstrahle die Umwelt nicht. Sie wüssten auch, dass mit der PV-Ausstattung der sonnenorientierten Wädenswiler Dächer problemlos der gesamte Wädenswiler Strombedarf abgedeckt werden könne. In diesem Sinn gebe es in der Energiestadt Wädenswil noch viel zu tun, sie sollen es anpacken und kontinuierlich die Energieversorgungsprobleme lösen, so dass sich die Kinder nicht um ihre Altlasten kümmern müssten.

Sie von der FDP/GLP-Fraktion würden nicht nur diese PV-Investition unterstützen, sondern würden hoffen, dass noch viele weitere dazu kämen.

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP, sagt, dass die Stadt Wädenswil Energiestadt sei. Ein Bekenntnis, dass die Stadt sich für den Klimaschutz einsetze und eine Senkung des Energieverbrauchs anstrebe. Sie seien auf gutem Weg, könnten aber noch besser werden und noch vermehrt auf Nachhaltigkeit achten und den Anteil an erneuerbarer Energie vergrößern. Mit der Erstellung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Strandbads zeige die Stadt, dass sie willig sei, das Ziel Energiestadt Gold zu erreichen. Dass von rechts der Antrag komme, verwundere sie nicht. Eine PV-Anlage koste viel, das sei klar. Es sei aber wieder einmal nur ein kurzfristiges Denken, das Gefühl zu haben, sie würden sparen, wenn sie auf die Anlage verzichten würden. Die PV-Anlage werde ihnen die nächsten Jahre einiges an Energiekosten einsparen. Entgegen der Meinung der Antragsteller fänden sie, mache es

durchaus Sinn, gerade bei einer Badeanlage Solarzellen zu verbauen. Genau in den Sommermonaten, wenn die Sonneneinstrahlung perfekt sei, werde Strom benötigt. Die technischen Vorteile müsse sie da nicht wiederholen, das habe ihr Vorredner schon erläutert.

Die SP Fraktion stehe in dem Sinn nicht hinter dem Antrag auf Streichung und unterstütze das Vorhaben des Stadtrats die PV-Anlage zu installieren.

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Jonas Erni teilt mit, dass nur 50 m von hier entfernt auf dem Dach der Sportbauten Untermosen die grösste städtische Photovoltaikanlage stehe. Er erinnere sich noch gut an die damalige Diskussion im Rat, als es darum gegangen sei, ob diese realisiert werden solle. Dort sei das Hauptargument der Zweifel an der Rentabilität gewesen. Er könne versichern, die damals aufgeführte Rentabilität sei besser als prognostiziert. Wer das nicht glaube, könne sich gerne selber überzeugen. Beim Eingangsbereich des Hallenbads habe es einen Bildschirm. Dort sei der gesamte Solarertrag aufgeführt und das könne selbstverständlich auch nachgeprüft werden.

Er komme nun zum vorliegenden Projekt. Dieses sei bereits durch die Energiekommission geprüft und verabschiedet worden. Er zähle die grössten sechs Vorteile auf:

1. Es sei ein idealer Standort mit guter Besonnung und ohne Beschattung durch umliegende Gebäude oder Bäume.
2. Die gute Ausgangslage ermögliche eine sehr einfache und kostengünstige Montage auf dem Garderobendach ohne grosses Gerüst und Mehrkosten.
3. Zwei Drittel des Stroms würden im Sommerhalbjahr anfallen. Entsprechend decke sich das Angebot mit der Nachfrage.
4. Zudem könnten fünf verschiedene Stromverbraucher mit dem Strom beheizt werden, nämlich das Strandbad, das Restaurant, dort seien übrigens viele Geräte auf elektrisch umgestellt worden, das Clublokal des Yachtclubs, die Hafengenossenschaft und die Abwasserpumpanlage, der ab Sommer 2018 auch das Areal Seegüetli angeschlossen sei.
5. Der Überschussstrom werde automatisch ins EKZ-Netz eingespeist und helfe, den Ertrag zu verbessern, weil das selbstverständlich entschädigt werde.
6. Die Anlage müsse bei einer Mindestlebensdauer und dies sei mit den heutigen Modulen der Fall, innert 11 Jahren amortisiert werden und weise somit ein sehr gutes Kosten-/Nutzenverhältnis auf.

Die Rentabilität der Anlage sei besser als griechische Staatsanleihen und das bei mehr Sicherheit als bei Schweizer Bundesanleihen. Für alle, die noch nicht überzeugt seien, habe er eine detaillierte Aufstellung über die verschiedenen Kosten. Die einzelnen Zahlen könnten nachgeprüft werden.

Er bitte, den Minderheitsantrag abzulehnen und ja zu sagen zu mehr erneuerbarer, einheimischer, umweltfreundlicher Energie.

Ulrich Reiter, Grüne, sagt, dass mit der Abnahme der Rechnung der Werke ein zusätzlicher Check über knapp CHF 100'000.- unterschrieben worden sei, der an die Gaslieferanten in Russland oder Katar gehe. Die vier Grossanlagen der Stadt würden 3.6 Mio. kWh Jahresverbrauch Gas verbrauchen. Das sei ein 50%-Anteil des städtischen Gases. Das heisse, die

Stadt hätte ca. 7.2 Mio. kWh Gasverbrauch pro Jahr. Vorher hätten sie gehört, dass der Gaspreis in 2019 steige und das gleiche Gas, das eingekauft werde, werde direkt den Konsumenten weiterverrechnet. In 2017 und 2018 habe der Gaspreis rund 1.3 Rappen zugenommen. Im 2019 gebe es einen jährlichen Aufschlag von 1.3 Rappen mehr pro kWh Gas und das gebe jährlich ca. CHF 100'000.- Mehrkosten für die Stadt. Hier würden sie über CHF 100'000.- Investitionen sprechen, der einen Ertrag gebe und spätestens nach 11 Jahren abgeschrieben sei und darüber hinaus 19 Jahre einen Ertrag erwirtschaftete von knapp CHF 10'000.- im Jahr. Soweit zu seiner Rechnung und zur Begründung.

Abstimmung über den Antrag der GRPK

Strandbad, PV-Anlage auf dem Dach (Konto Nr. 10.0663.5040.081)

Die Investitionsrechnung wird um CHF 110'000.- gekürzt und auf die PV-Anlage verzichtet.

Alt: CHF 110'000.-

Neu: CHF 0

Der Rat lehnt den Antrag grossmehrheitlich ab.

Abschreibungen Seiten 147 und 148

Es gibt keinen Antrag der GRPK zu den ordentlichen Abschreibungen.

Schlussabstimmung zum Budget und den Leistungsaufträgen

Der Rat stimmt einstimmig dem Budget 2109 mit der vorhergehend beschlossenen Änderung und den Leistungsaufträgen 2019 zu.

Zweitens Steuerfuss 2019

Antrag der GRPK

Die einstimmige GRPK beantragt, den Steuerfuss unverändert bei 85% zu belassen.

Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP, wünscht das Wort nicht.

Stadtrat Finanzen Walter Münch sagt, dass alles gesagt sei. Der Steuerfuss soll bei 85% belassen werden.

Abstimmung über den Antrag der GRPK

Der Rat stimmt einstimmig der Festsetzung des Steuerfusses bei 85% der einfachen Staatssteuer zu.

Drittens: Abstimmung über das Gesamtpaket

Auf Anfrage von **Gemeinderatspräsidentin Beatrice Gmür** liegen keine weiteren Anträge vor.

Abstimmung über das Gesamtpaket

Der Rat stimmt einstimmig dem Budget 2019 mit der vorhergehend beschlossenen Änderung und den Leistungsaufträgen sowie der Festsetzung des Steuerfusses von 85% grossmehrheitlich zu.

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage der Gemeinderatspräsidentin keine Einwände erhoben.

Stadtpräsident Philipp Kutter führt aus, dass es ein spezielles Budget sei, das heute verabschiedet worden sei. Es sei das erste Budget, das auch die Ortsteile Schönenberg und Hütten umfasse. Er begrüsse besonders alle Gäste aus Hütten und Schönenberg und speziell die Gemeindepräsidentin von Hütten Verena Dressler. Es sei auch ihr Budget. Das Budget sei ein wichtiges Puzzlestück, damit sie am 1. Januar 2019 als vergrösserte Gemeinde starten könnten. Darin stecke auch ganz viel Arbeit. Er nutze die Gelegenheit, allen Mitarbeitenden der Stadt Wädenswil, seinen Kollegen und Kolleginnen im Stadtrat und den Kollegen und Kolleginnen aus den Behörden vom Berg und auch diesen Mitarbeitenden herzlich zu danken. Er freue sich, dass sie nun soweit seien. Die Vorbereitungen seien auf Kurs. Alle Personen seien angestellt worden, die Infrastruktur sei vorbereitet. Die Datenübernahmen würden laufen und auch finanziell sehe es stabil aus, auch wenn die Einschätzungen etwas auseinandergehen würden.

So könnte man sich den weichen Faktoren widmen. Stadtrat Ernst Brupbacher habe sich kürzlich mit der Altpapiersammlung im Berg befasst. Er habe in den letzten Wochen alle Vereine von Schönenberg und Hütten bei einem persönlichen Kennlerngespräch treffen dürfen und somit kämen sie langsam dem Dorfleben etwas näher. Es freue ihn, dass sie nun bei diesen Fragen seien. Es gehe bis zur Frage, wer in Zukunft die Blumentröge bei den Eingängen in Hütten und Schönenberg betreue und ob es diese überhaupt noch geben werde. Wenn sie bei solchen Fragen angelangt seien, könne gesagt werden, dass das Wesentliche gesagt worden sei.

Ab dem 1. Januar 2019 sei Wädenswil die flächenmässig drittgrösste Gemeinde im Kanton Zürich. Sie stosse neu an die Kantone Zug und Schwyz an. Es seien ganz neue Gipfeltreffen möglich. Der höchste Punkt sei nicht mehr die Schlieregg, sondern der Höhronen auf

über 1'200 m.ü.M. Wenn in Zukunft im Fernsehen gesagt werde, in den Alpen schneie es, wüssten sie, dass es auch in Wädenswil schneie.

Nun könnte gesagt werden, das Projekt sei auf Kurs und damit sei es abgeschlossen. Das stimme natürlich nicht. Die Vorbereitungen seien auf Kurs und jetzt gehe es erst richtig los. Neu würden sie eine Gemeinde mit neuen Ortsteilen sein. Ein grosses Anliegen des Stadtrats sei, dass diese Ortsteile zusammen wachsen würden. Mit dem einen oder anderen Fest solle das auch unterstützt werden. Zum ersten Fest hätten alle ein Flugblatt erhalten. Es finde ein spezieller Neujahrsapéro am 2. Januar 2019 in der Kulturhalle Glärnisch statt. Dazu seien alle herzlich eingeladen. Er freue sich, dann alle wieder zu sehen, hoffentlich braun gebrannt und ausgeruht.

Er danke für den grossen Einsatz, nicht nur in diesem Dossier. Der Gemeinderat habe sie richtig herausgefordert beim Gemeindegemeinschaftszusammenschluss und ihnen geholfen, Schwächen zu entdecken. Es werde auch sonst viel für Wädenswil geleistet. Dafür danke er allen. Er wünsche eine schöne Weihnachtszeit und hoffe, dass sie sich auch einige ruhige Tage im Kreis von Familie und Freunden gönnen könnten.

Gemeinderatspräsidentin Beatrice Gmür schliesst die Sitzung und bedankt sich für die Effizienz. Sie wünsche schöne Festtage. Man sähensich im Januar 2019 wieder. Weiter wünsche sie allen einen schönen Abend.

Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv.